

Bezugspreis:

Vierteljahr 150.- M., monatl. 50.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.- M., einzahl. halbjährlich 150.- M. Unter Anrechnung für Deutschland, Dänemark, Estland u. Memelgebiet, sowie Österreich u. Luxemburg 84.- M., für das übrige Ausland 102.- M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Litauen, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Wort und Welt", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Bildung und Kleingarten" erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 27. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 16.- M. - Reklamezeile 80.- M.
Kleinanzeigen* das fertige Wort 4.- M. (gültig zwei fertige Wörter)
Stellenangebote und Schloßstellenanzeigen das erste Wort 250 M., jedes weitere Wort 2.- M.
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten 50.- M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

An die Partei!

Parteigenossen!

Die Ermordung des Reichsaussenministers Rathenau durch nationalistische Mordbuben, drei Wochen nach dem mißglückten Blausäureattentat auf Genossen Scheidemann, zehn Monate nach der Ermordung Erzbergers, sündet wie ein Mordanschlag die der deutschen Republik drohende schwere Gefahr an. Diese Gefahr besteht nicht allein in der systematischen Beseitigung der führenden republikanischen Staatsmänner, sie erhält einen noch ernstlicheren Charakter durch die Tatsache, daß Hand in Hand mit den Mordtaten reaktionärer Geheimorganisationen weit umfangreichere Bestrebungen gehen, die auf den gewaltsamen Sturz der Republik abzielen.

Mögen die deutschnationalen Kreise unter dem Eindruck der ungeheuren Erbitterung, die die Mordtat hervorgerufen hat, auch augenblicklich von der Tat und den Tätern abrücken, so besteht doch die unumstößliche Gewissheit, daß die deutschnationalen Presse und die Reden der deutschnationalen Parlamentarier die vergiftete Atmosphäre geschaffen haben, aus der diese Taten erwachsen sind. Es ist weiter festzustellen, daß bis heute die Deutschnationalen Partei es unterlassen hat, zwischen sich und den terroristischen Kreisen ihrer Anhänger die Trennungslinie zu ziehen.

Wer die Symptome der letzten Zeit durchgeht, wer die Gefinnung beobachtet hat, von der die sogenannten Regimentsführer und "nationalen" Kundgebungen getragen waren, wer die Provokationen und offenen Gewalttate der Reaktion verfolgt, für den kann kein Zweifel bestehen, daß sich immer noch sehr weite Kreise der Nationalisten mit dem Gedanken eines gewalttätigen Sturzes der Republik tragen und auch Vorbereitungen treffen, diesen Plan in die Tat umzusetzen.

Gegen dieses Treiben kann für das werktätige Volk nur eins gelten: einmütigste und entschlossenste

Abwehr. Vor allem muß die Arbeiterklasse erkennen, daß nur durch die Zerspaltung ihrer Einheit die Reaktion in Deutschland so stark hat anwachsen können. Das beste Mittel zur Abwehr aller rechtsrepublikanischen Bestrebungen ist die Sammlung der gesamten werktätigen Bevölkerung, aller Arbeiter, Angestellten und Beamten usw. auf dem Boden des Sozialismus und der demokratischen Republik, um diese durch eine unüberwindliche, einheitliche Phalanx zu schützen. Damit ist gleichzeitig die stärkste Möglichkeit gegeben, durch die Machtmittel der Gesetzgebung und der Regierungsgewalt die Gefahr des reaktionären Terrorismus zu ersticken.

Das schaffende Volk muß seine gesamte Macht, seinen ganzen Einfluß in die Waagschale werfen, damit durch Regierung und Gesetzgebende Körperschaften die Maßnahmen durchgeführt werden, die sich mit zwingender Notwendigkeit aus der jetzigen Situation ergeben. Die sozialdemokratischen Vertreter in Regierung und Parlament werden alles aufbieten, um diese Maßnahmen wirksam zu machen. Aber da sie fast überall nur starke Minderheiten sind, so bedürfen sie der stärksten Unterstützung der Arbeiterschaft, um auch zögernde und unerschlossene Elemente des republikanischen Bürgertums mitzureißen, damit nicht auf halbem Wege stehen geblieben wird.

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik zeigt die Absicht der Reichsregierung, den Kampf gegen den reaktionären Terrorismus anzunehmen. Aber diese Verordnung weist noch zahlreiche Lücken auf. Wir verlangen, daß sie sobald als möglich durch ein Gesetz zum Schutze der Republik ersetzt werde, das ihre Mängel beseitigt.

Sehr wesentlich für den Erfolg ist die Art ihrer Anwendung. Wir fordern, daß die Verordnung getreu den Motiven, aus denen sie gegeben wurde, allein und ausschließlich als Verteidigungswaffe der Republik gegen ihre reaktio-

nären Feinde verwendet wird. Damit dies geschieht, muß der Staatsgerichtshof, der in letzter Instanz über die Anwendung der Verordnung entscheidet, ohne jede Ausnahme ausschließlich aus solchen Persönlichkeiten zusammengesetzt sein, die als zuverlässige Anhänger des republikanischen Staatsgedankens bewährt sind.

Hand in Hand mit der Durchführung und Verbesserung der Verordnung muß die Reinigung aller der staatlichen Organisationen gehen, in denen sich die Reaktion eingenistet hat. Wir fordern in erster Linie die Säuberung der Verwaltung, der Ministerien und der Schutzpolizei von reaktionären Elementen. Besonders Augenmerk ist der Reichswehr zuzuwenden. Waffen tragen darf nur, wer der Republik bis auf den Tod ergeben ist. Nicht minder dringend ist die einschneidendste Einwirkung auf die Justiz, die bisher in der Bekämpfung des reaktionären Verbrechertums vollkommen versagt hat. Der in der Verordnung begangene Weg, der jetzigen Justiz die Rechtspredung mit politischem Charakter aus der Hand zu nehmen und diese an zuverlässig republikanische Gerichtshöfe zu überweisen, muß zu Ende gegangen werden.

Damit dies erreicht wird und damit noch bevorstehende reaktionäre Anschläge abgewehrt werden, muß die Arbeiterklasse wachsam und alarmbereit bleiben. Die Organisation der Sozialdemokratischen Partei hat sich beim Kapp-Putsch wie bei allen anderen Gelegenheiten als die eiserne Armee zur Verteidigung der Republik bewährt. Arbeitet unermüdet, ihre Stärke und Schlagkraft zu erhöhen.

Stelle jeder seinen Mann! Dann ist uns in dem schweren Kampfe der Sieg gewiß.

Es lebe die Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Massenaufmarsch des Berliner Proletariats

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

In Ergänzung unseres gestern abend in der Arbeiterpresse bekanntgegebenen Aufrufes veröffentlichen wir für die heutige Demonstration nachstehend den

Organisationsplan:

- 1. Die Arbeitsschule beginnt heute mittags Punkt 12 Uhr und endet morgen, Mittwoch, bei Arbeitsbeginn.
2. Die Schichtarbeiter, die sich um 11 1/2 Uhr in ihren Betrieben einzufinden haben, begeben sich mit dem Zuge ihrer Betriebsbelegschaft zum Demonstrationsort.
3. Die Demonstration findet statt um Punkt 3 Uhr nachmittags im Lustgarten, auf dem Schloßplatz und auf dem Neuen Markt.
4. Die Betriebsbelegschaften marschieren in geschlossenem Zuge unter Führung selbstgewählter, durch rote Armbinden kenntlich gemachter Ordner zum Demonstrationsort.

5. Alle nicht in Betrieben Tätigen sammeln sich an den für die einzelnen Bezirke von den Parteileitungen für Demonstrationen stets bekanntgegebenen Plätzen und begeben sich von dort gleichfalls in geschlossenem Zuge nach dem Lustgarten.

6. Die Betriebe müssen die Aufstellung des Zuges und dessen Abmarsch so einrichten, daß sie Punkt 3 Uhr am Demonstrationsort sind. Benachbarte und bezirklich zusammenliegende Betriebe vereinigen ihre Einzelmärsche zu einem großen Gesamtzuge, der durch die bekannten Hauptstraßen zu leisten ist.

7. Die Betriebe des Westens, Nordwestens und die der westlichen Vororte benutzen vorzugsweise zum Anmarsch folgende Straßenzüge:

Berliner Straße oder Bismarckstraße oder Kurfürstendamm, ferner Hardenbergstraße, Tauentzienstraße, Wittenbergplatz, Kleiststraße, Rollendorferplatz, Potsdamer Straße, Löhnowstraße, Flottwellstraße, Schöneberger Ufer, Schöneberger Straße, Anhalterstraße, obere Wilhelmstraße, Kochstraße, Charlottenstraße, Französische Straße.

8. Alle Züge haben die Bannmeile zu beachten.

9. Notstandsarbeiten sind auszuführen. Für besondere hierfür notwendig werdende Entscheidungen sind die in Frage kommenden Gewerkschaften zuständig.

10. Zeitungen dürfen während der Zeit des Demonstrationsstreiks (Punkt 1 dieses Planes) nicht erscheinen.

11. Für Dienstag abend angeordnete öffentliche Versammlungen finden nicht statt.

12. Redner bei der Demonstration sind Abgeordnete der Parteien. Die Redner treffen sich um Punkt 2 Uhr Breite Straße 89. Jeder Redner spricht 15 Minuten. Der Beginn und das Ende der Reden werden durch Trompetensignal angezeigt.

13. Die Demonstration schließt mit dem Vortrag von Arbeiterkämpfern.

14. Die Arbeiterführer, die den beauftragten Ordnern ihre Legitimation vorzuzeigen haben, nehmen Aufstellung auf der großen Aufseherstreppe, die von anderen Demonstranten freizuhalten ist.

15. Jede Partei muß 100 Ordner stellen. Diese Ordner versammeln sich mittags 12 1/2 Uhr Breite Straße 89. Armbinden sind mitzubringen.

Arbeitende Männer und Frauen Groß-Berlins! Gestaltet diese Demonstration zu einer einheitlichen, machtvollen Kundgebung des Proletariats!

Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend. Siegle.

NSD-Bund, Ortskartell Groß-Berlin. Flatau, Rogah, Rothe.

Bezirksverband der SPD. Theodor Fischer.

Bezirksverband der USPD. Hermann Müller.

Bezirksverband der KPD. Pfeiffer.

Wirth vorläufiger Reichsaussenminister.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Wirth mit der Führung der Geschäfte des Reichsministeriums des Auswärtigen beauftragt.

Das Gesetz zum Schutz der Republik.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten tagte gestern abend das Reichskabinett, um das Gesetz zum Schutz der Republik zu beraten. Heute werden diese Beratungen fortgesetzt.

Rathenaus letzter Gang.

Heute, um die Mittagsstunde, werden der Deutsche Reichstag, die Reichsregierung und die Landesregierungen dem meuchlings dahingemordeten Reichsminister Dr. Rathenau die letzte Ehre geben. Auf dem Präsidentenplatz des Sitzungssaales, der in schlichte Trauer gehüllt ist, erfolgt die Aufbahrung der Leiche. Nach einleitender Trauermusik wird zunächst der Reichspräsident dem Toten im Namen des Volkes die letzten Grüße widmen, für den Reichstag spricht Vizepräsident Veit die Abschiedsworte, für die Demokraten Harrer Koresell. Nach diesem Abschied wird der Sarg unter den Klängen der Trauermusik durch das Portal 1 zum

Königsplatz gebracht, von wo nach vollzogener Ehrenparade durch die Reichswehr der tote nach Oberschöneweide zum Erbegräbnis der Familie Rathenau überführt wird. Hier erfolgt in aller Stille die Beisetzung im engsten Familienkreise.

Die Ausschmückungskommission des Reichstages hielt am Montag eine Sitzung ab, um über die Vorbereitungen zur Trauerfeier für Dr. Walter Rathenau zu beraten. Das Standbild Kaiser Wilhelms I. in der Wandelhalle soll so verhält werden, daß es die Gestalt eines Obeliskens bekommt. In der nächsten Zeit soll dieses Wahrzeichen der Monarchie aus dem Reichstag entfernt werden.

Ein Produkt der Angst.

Niemals hat bisher die deutschnationale Parteileitung es für notwendig gehalten, offen und klar von den Gewaltpolitikern abzurücken, die unter dem Schutze ihrer Fittiche den politischen Mord zum Evangelium erklärt haben. Als die Kappisten in Berlin ihre „Schieberbörse“ aufmachten, waren die Hergt und Genossen alsbald in eifrigstem Verhandeln mit dieser „neuen Regierung“. Erst als die Sache schief gegangen, kamen sie mit der Erklärung zutage, daß sie nur auf verfassungsmäßigem Wege ihre monarchistischen Ziele erreichen wollten. Als Erzberger gefallen war, frohlockte die deutschnationale Provinzpresse in unverhüllter Schadenfreude. Und auch führende deutschnationale Berliner Blätter machten kein Hehl aus ihrer Genugtuung über das erfolgreiche Attentat von Griesbach. Die deutschnationale Parteileitung aber heulte darüber, daß man sie mit einem Vorwurf belaste, den sie nicht verdiene und gleichzeitig hegte sie mit allen Mitteln die bayerische Kahr-Regierung auf, durch aktiven Widerstand die aus der Not geborenen Ausnahmeverordnungen der Reichsregierung zu sabotieren.

Jetzt, da nach der Ermordung Rathenaus die Schande allzu offenbar geworden ist, und da im Reichstage von mehr als einer Seite den Deutschnationalen die Gewissensfrage gestellt wurde: „Wo und wann seid ihr von den Deutschvölkischen abgerückt, die als Mitglieder in eurer Mitte sitzen und die offen die Gewalttat gegen Vertreter der Republik predigen?“, jetzt endlich fühlt sich wenigstens der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei veranlaßt, in einer langen Erklärung von diesen gewalttätigen Elementen abzurücken und ihre Entfremdung aus der Partei zu fordern. Diese Erklärung ist nach mehr als einer Richtung von Interesse, weshalb wir sie als geschichtliches Dokument in ihrem vollen Wortlaute hier wiedergeben:

Durch die Erklärungen der deutschnationalen Fraktionen des Reichstags und des Preussischen Landtags ist die Empörung und Entrüstung der Deutschnationalen Volkspartei über das schmachvolle Verbrechen, dessen unschuldiges Opfer der Reichsminister Dr. Rathenau geworden ist, zum Ausdruck gekommen. Wiederum ist diese Mordtat zum Anlaß genommen worden, um unerhörte, unbewiesene und nie beweisbare Beschuldigungen und Verleumdungen gegen unsere Partei, unsere Führer, Mitglieder und Anhänger zu schleudern. Mit Entrüstung weisen wir im Bewußtsein unseres reinen Gewissens diese niederträchtigen Verdächtigungen zurück, die um so verwerflicher sind, als gerade durch sie der Frieden im Lande aufs schwerste bedroht und die Herstellung einer gemeinsamen Kampffront gegen die furchtbare Verwilderung der Sitten, die unter dem Druck des Diktats von Versailles und all seinen Folgen in unserem Volke immer weiter um sich greift, unmöglich gemacht wird.

Mit Verbrechern und Mordbuben hat die Deutschnationale Volkspartei nichts gemein. Seit Gründung der Deutschnationalen Volkspartei haben wir nie einen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Erreichung unserer Ziele nur auf verfassungsmäßigem Wege und mit den Mitteln des Rechts und der Ordnung erstreben. Wir wissen, daß dieser Grundsatz Gemeingut aller in der Deutschnationalen Volkspartei organisierten Deutschen ist. Die Parteileitung hat wiederholt in früheren Fällen politischer Verbrechen die Behörden bei ihren Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln tatkräftig unterstützt. Wir verlangen darum auch von der Regierung, daß sie unsere Partei und die in ihr vereinigten Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen gegen verlogene und hasserfüllte Verleumdungen deckt, daß sie aber auch den Schein vermeidet, als ob sie sich solche Verdächtigungen selbst zu eigen machen wolle. Für diesen selbstverständlichen Schutz der staatsbürgerlichen Ehre unserer Mitglieder und Anhänger wird die Partei mit aller Entschiedenheit eintreten.

An unsere Freunde im Lande richten wir das dringende Ersuchen, in diesen erregten Zeiten völlige Ruhe zu bewahren und sich auch durch Provokationen nicht zu Unüberlegtheiten hin-

reiß zu lassen. Durch die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 24. Juni d. J., die nach der eigenen Erklärung der Reichsregierung ausschließlich gegen rechts gerichtet sind, sind wir aufs schwerste bedroht. Wir werden gegen jedes Unrecht, das uns auf diese Weise angetan wird, mit allen gesetzlichen Mitteln ankämpfen. Wo aber die Staatsbehörden sich für die Wiederherstellung des inneren Friedens gleichmäßig ohne Ansehen der Person und der politischen Parteilichkeit einsetzen, können und müssen sie der tatkräftigen Unterstützung der in der Deutschnationalen Volkspartei organisierten, ordnungsliebenden Teile des deutschen Volkes gewiß sein.

Die Ehre unserer Partei und die Heiligkeit unserer Ziele macht uns zur gebieterischen Pflicht, daß wir unsere eigenen Reichen rein halten von etwaigen Elementen, die es nicht anerkennen wollen, daß unsere politische Arbeit sich nur auf verfassungsmäßiger Grundlage vollziehen kann und darf. Aufgabe unserer Parteileitungen im ganzen Reiche ist es, über diese Reinhaltung der Partei mit allen Mitteln zu wachen. Gegen jeden, der Gewalttaten predigen, gutheissen oder sich etwaigen Organisationen anschließen sollte, über deren Ziele in dieser Hinsicht Zweifel bestehen könnten, ist rückwärtslos der Ausschluß aus unserer Partei zu bewirken.

Wenn so durch gemeinsame Arbeit aller wirklich Deutschnationalen für die unbestechliche Ehre unserer Partei Gewähr geboten wird, wissen wir uns mit allen Freunden im Lande einig in der festen Zuversicht, daß unsere Sache zum besten der Erneuerung und Befreiung unseres Volkes und Vaterlandes auch die schwersten Stürme der Gegenwart siegreich übersteht wird.

Jeder, der diese Erklärung des Herrn Hergt liest, wird den Zwiespalt herausfinden, der sie auszeichnet! Zunächst wird mit positiver Gewißheit ausgesprochen, daß alle in der Deutschnationalen Partei „organisierten Deutschen“ Gegner der Gewalttaten sind und schließlich wird doch aufgefodert, gewalttätige Elemente aus der Partei zu entfernen, in der sie angeblich gar nicht vorhanden sind! Vielleicht werden wir in den nächsten Tagen in der deutschnationalen Presse diesen Aufruf wieder mit all den tröstlichen Versicherungen begleitet finden, daß immer und zu jeder Zeit die Deutschnationalen auf dem gleichen Standpunkte gestanden haben, den ihr Vorsitzender Hergt jetzt zu deklarieren sucht. Vielleicht aber wird auch in der Zeitung des früheren deutschnationalen Landtagsabgeordneten Maurenbrecher wieder ein Mitarbeiter wie nach dem Tode Erzbergers schreiben, daß „wem das große Koken anläm“ bei soviel Beleidigung, wie sie sich in der deutschnationalen Führerschaft über die Mordtat äußere! Man darf Herrn Hergt fragen, ob er die Maurenbrecher und seine Mitarbeiter noch als Mitglieder der Deutschnationalen Partei ansieht, man darf ihn weiter fragen, ob er Reinhold Wulle und seine deutschvölkischen Sondergenossen noch weiter als Mitglieder der Partei dulden will. Oder ob er etwa die Absicht hat, nachträglich den Ausschluß der „Pommerschen Tagespost“ zu veranlassen, die nach dem Tode Erzbergers förmlich auffauchte, daß dieser Mann zur Strafe gebracht war? Man wird weiter an den Vorsitzenden der Deutschnationalen Partei die klare Frage richten müssen, ob die Lillessen und Schulz, die Killinger und Hoffmann, die Traub und all die anderen, die mit ihnen sympathisieren, Mitglieder der Deutschnationalen Partei waren und sind? Vielleicht kann auch Herr Hergt darüber Auskunft geben, wie jene Briefe zu verstehen waren, die die Verwandten des Erzberger-Mörders Schulz einander schrieben und in denen davon die Rede war, daß er die Tat „für seine Partei“ vollbracht habe und daß „die Partei“ ihn daher unterstützen müsse!

Das sind wie gesagt Fragen, die der Beantwortung harren. Aber auch, wenn Hergt in der Lage wäre, sie mit gutem Gewissen alle glatt zu verneinen, so würde doch niemand das Gefühl los werden, daß seine neueste Erklärung ein Produkt der Angst ist. Endlich fühlen auch die Deutschnationalen, daß sie unter den Schlitten kommen würden, wenn die von den breiten Massen des Volkes gestützte Regierung endlich fest zugreifen würde. Je mehr

Lage indessen ins Land gehen, ohne daß den Ausnahmeverordnungen ihre rücksichtslose Anwendung folgt, desto mehr wird sich die Angst verflüchtigen und desto dreister werden die Reaktionen ihre Haupt erheben.

Auch die wehleidige Erklärung der Deutschnationalen von heute, daß sie die politische Mordtat verabscheuen, sollte die Reichsregierung und den Reichstag nicht davon abhalten, jetzt fest zupacken und die Personen unschädlich zu machen, die bisher den Mittelpunkt der reaktionären Propaganda darstellten. Wenn Gefühlsmomente Geltung haben dürfen, so nur das eine, daß die Notwehr der Republik dazu zwingt, die Träger des monarchischen Gedankens außer Gefecht zu setzen.

Blutschuld und Heuchelei.

Ein deutschnationales M. d. R. als Mordheger.

In der „Germania“ macht Graf Albrecht Montgelas auf einen Aufsatz aufmerksam, den der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Major a. D. Wilhelm Henning im Juniheft der „Konservativen Monatschrift“ über den Rapallo-Vertrag veröffentlicht. In diesem vornehmen, schon 1843 gegründeten Monatsblatte, zu dessen ständigen Mitarbeitern auch Graf Westarp gehört, schreibt Herr Henning folgende Pöbeleien:

„Bolschewismus ist der Kampf des internationalen Judentums zur Vernichtung des nationalen Völkers.“ (Im Original gesperrt gedruckt!) „So lösen sich alle Rassen — in Rußland, und in vieler Beziehung in der deutschen Außen-, Innen- und Finanzpolitik! So erscheinen die Abmachungen des Vertrages von Rapallo plötzlich in einem anderen Lichte: der „deutsche“ Jude hilft dem „russischen“ Juden zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles!“

Und von der Sühne für die Ermordung des Grafen Rathenau heißt es, daß bisher stets von einer solchen gesprochen worden sei, bis, ja bis:

„Kaum hat der internationale Jude Rathenau die deutsche Ehre in seinen Fingern, so ist davon nicht mehr die Rede.“ Und dann, wiederum gesperrt gedruckt: „Die deutsche Ehre ist keine Schacherware für internationale Judenhandel! In der Ehrenfrage der Völker aber liegt ein tiefer historischer Sinn und eine geschichtliche treibende Kraft — auch wenn Sie kein Verständnis dafür haben! Die deutsche Ehre wird (im Original gesperrt) gelüht werden. Sie aber, Herr Rathenau und Ihre Hinterleute werden vom deutschen Volke zur Rechenschaft gezogen werden, „sonst hätte“ — um Ihre eigenen Worte zu gebrauchen, — „die Weltgeschichte ihren Sinn verloren!“

Entrüstet fügt Graf Montgelas diesen Zitate hinzu: „So schreiben in der Öffentlichkeit, so reden in der Privatstube die verantwortlichen Führer einer verblendeten konservativen Schicht der deutschen Bevölkerung. Wo bleibt die „deutsche Ehre“, wenn man hinterher zu selbe ist, um zu den Toten zu stehen, die auf solche Dummheit naturgemäß folgen? Man weiß nicht, ob man über die Dummheit solcher Leute oder über ihre Freigebigkeit und Gemeinheit sich mehr entrüsten soll!“

Das sind kräftige Worte, die sich auch Herr Hergt und sein Fraktionsgenosse Graf Westarp zu Gemüte führen sollten, besonders nach der neuesten „Erklärung“ der Deutschnationalen.

Der Untersuchungsrichter von Frankfurt.

Die Frankfurter Kriminalpolizei hat, wie der „Frankfurter Generalanzeiger“ meldet, gegen den Amtsgerichtsrat Dr. Thormayer in Frankfurt bei der Justizbehörde Beschwerde eingelegt, weil er es abgelehnt habe, den politischen Agenten, von dem der durch den Abg. Wels in seiner Reichstagsrede benutzte Bericht über die Vorbereitungen zu dem Mordanschlag auf Scheidemann und Rathenau stammte, zu vernehmen. Die Kriminalpolizei sei durch diese Ablehnung des richterlichen Vorgehens nicht in der Lage gewesen, rechtzeitig die Schritte zu unternehmen, die möglicherweise zur Verhütung des Mordanschlags auf Rathenau geführt hätten.

Am Grabe Rathenaus.

Republik!
Vor dir liegt dein gemordeter Sohn;
um deinetwillen der wievielte schon,
Republik?
Blutbunde zerrissen das Edeltwid,
bezahlte Verbrecher schmähden dein Bild:
Republik — wehr dich!

Republik!
Deutschland gebär dich aus Strömen von Blut.
Sind deine Besten zum Sterben nur gut,
Republik?
Cudendorff höhnt dich für englischen Sold —
doch Millionen stehen für Schwarz-Rot-Gold:
Republik — wehr dich!

Republik!
Hüte dich vor dem Gelächter der Welt!
Deutschland ist tot, wenn dein Banner fällt,
Republik!
Man hat dich für deine Milde genarrt —
nun hebe die Fäuste und werde hart,
Republik — wehr dich!

Republik!
Stieb deinen Jorn in der Tollwut Gesech,
greife zur Notwehr — dein Todfeind steht rechts,
Republik!
Im offenen Kampfe kniffen sie aus,
jetzt pesten sie wie die Ratten durchs Haus . . .
Republik! — wehr dich!

Republik!
Vor dir liegt dein gemordeter Sohn;
um deinetwillen der wievielte schon,
Republik?
Dah er für immer der Letzte sei,
geht über Deutschland ein einziger Schrei:
Republik — wehr dich!

Artur Zister.

Patriotismus.

Von Hans Klabaubermann.

Der Satiriker hält sich den Leidenschaften fern. Er trägt die zuversichtliche Hoffnung im Herzen, daß es einst besser werde in der Welt. Er glaubt nicht an die böse Wälscht, sondern ist nachsichtig gegen die Torheit. Sein Leitwort ist: Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

Die Quelle des Humors rieselt nicht unaufhörlich. Sie versiegt, wenn die warme Hoffnung getäuscht wird. Dann schweigt der Satiriker. Liebknecht, Eisner, Erzberger, Scheidemann . . . Der heitere Plauderton stellt sich dem Trauernden nicht ein.

Aber auch im Satiriker treibt das heiße Blut. Er kann nicht schweigen, wenn ihm der Efel in die Kehle steigt.

Am Sonnabend vormittag ist Rathenau ermordet worden, ein Mann, der, selbstlos wie selten einer, alle seine Kräfte in den Dienst seines Volkes eingesetzt hat. Am Sonnabend abend schämt man sich nicht, eine Festvorstellung des Fredericus-Keg-Films zu veranstalten, jenes geistlosen Machwerks, das auf das verdrillte Gehirn der Unbelehrbaren spekuliert. Auf der Leinwand erscheint der Paradedemarsch, ausgeführt von Filmstatisten. Und die Menge klatscht, klatscht bei dem Symbol dieses verhängnisvollen Ungeistes, klatscht an demselben Tage, an dem ein Unersehlicher Opfer dieses Ungeistes geworden ist. Kein Widerspruch hat sich erhoben. Die andern bulden es.

Nun aber ist es genug. Fort mit der Lauheit! Laßt uns deutlich werden! Mit diesem vaterländischen Aftergefühl wollen wir nichts zu schaffen haben. Wir lieben unser Vaterland, weil uns tausend Tüden an die Gemeinschaft knüpfen, in der wir leben, die uns vertraut ist. Aber wir rücken ab von dem völkischen Gesech, das Unheil in die Welt sät. Der Patriotismus der Völkischen ist Lüge, Dummheit, Unkultur. Aus diesem Patriotismus heraus ist ein Brief an die arme Witwe Erzbergers geschrieben, der datiert ist: „Am Tage der Hinrichtung Rathenaus“ und an dessen Schluß es heißt: „Mit Güte habt Ihr Männer des Erfüllungswahns nicht hören wollen auf die Stimmen derer, die von der Fortsetzung der Wahnsinnspolitik abraten. So nehme denn das harte Verhängnis seinen Lauf, auf daß das Vaterland gedeihe.“

So maßt sich der Vaterlandsgedanke im Hirn derer, die nicht umlernen wollen. Das ist die Tradition der Unerföhrtheit.

Herr Gehler legt Wert auf die Pflege der Tradition. Er sagt: „In den letzten Wochen macht sich das Bestreben bemerkbar, alle Dinge, die sich mit der Tradition des alten Heeres beschäftigen, zu verdrängen und zu bekämpfen. Im Gegenzug zu diesen Auffassungen halte ich es für gesund und im Geiste auch des neuen Heeres nur förderlich, daß dem Soldaten die Erinnerung an die Zeit, in der er für sein Vaterland in Ehren gekämpft und gelitten hat, teuer ist.“

Rein, Herr Gehler, das ist nicht gesund. Nicht der Geist der Kameradschaft wächst auf diesem Boden, sondern der Geist der Handgranaten.

Wir wollen uns freuen, wenn der militaristische Gedanke auf der Erde stirbt, trauern, wenn er irgendwo wieder aufsteht, und hoffen, daß er kein unausrotbares Ungeziefer ist.

Weg mit den Monumenten der Monarchie! Bei der heutigen Trauerfeier für Walter Rathenau wird das Standbild Wilhelm's I., das in der Wandelhalle des Reichstags steht, verhüllt werden, und es heißt, daß man es später entfernen wolle. Diese Maßnahme ist selbstverständlich und hätte schon längst erfolgen sollen. In das Parlamentsgebäude einer Republik gehören keine Monarchendenkmäler. Aber sie gehören auch nicht auf die Plätze und in die Parkanlagen einer republikanischen Reichshauptstadt. Man könnte sie allenfalls bulden, wenn sie wertvolle Kunstwerke sind und dem Stadtbilde zum Schmuck dienen. Von den Statuen der Siegesallee und den Marmorarrangements vor dem Brandenburger Tor, von den an die Charlottenburger Brücke angelehnten Gestalten Friedrich's I. und seiner Frau und zahlreicher anderen Ueberbleibseln der wilhelminischen Ära wird das kein Urteilsfähiger zu behaupten wagen. Wenn man sie bis heute geduldet hat, so war der Hauptgrund der, daß die junge Republik nicht allzu rigoros erscheinen wollte und Rücksichten auf die Empfindungen der monarchisch gesinnten Minorität der Bevölkerung nahm. Diese Rücksichten sollen jetzt weg, nachdem sich gezeigt hat, daß die Anhänger des alten Regimes und Feinde der Republik um so schamloser und brutaler auftreten, je mehr man ihnen nachgibt. Die Entfernung aller Hohenzollern-Monumente und sonstiger Erinnerungszeichen der beseitigten Monarchie ist jetzt eine Forderung, deren Erfüllung sich die staatlichen und städtischen Behörden nicht länger entziehen dürfen. Die Pflicht der republikanischen Presse aber ist es, diese Forderung immer wieder zu erheben und nicht eher zu schweigen, als bis ihr Genüge geschehen ist.

Dazu erhalten wir folgende Zuschrift: Rathenau ist auf dem Felde der Republik gefallen. Die Republik hat daher die Pflicht, mit dem größtmöglichen Aufwand von Macht und Repräsentation seinen Märtyrertod zu feiern. Die Feier soll durch ihre Größe zeigen, wie groß der Wille und die Macht der Republik ist, sie soll durch ihre Größe das deutschnationale Würdegefühl Deutschlands demütigen. Ich schlage daher vor, daß die Stadt Berlin durch Umtausch einer Berliner Straße oder eines Platzes eine Stätte dauernden Gedankens dafür schafft, daß das republikanische Berlin ebenfalls die Märtyrer der Republik ehrt. Zur Umtausch kommt besonders ein byzantinischer Straßennamen in Frage, etwa der Victoria-Louise-Platz. Diese Umtausch soll aber sofort als republikanische Demonstration stattfinden und nicht etwa erst mit der allgemeinen großen Umbenennung, die ja doch noch Jahre auf sich warten lassen wird.

Holz aus Baumblättern. Das sogenannte „künstliche Holz“, wie es teilweise auch im Korrosions- und Flugzeugbau Verwendung findet, ist bis jetzt aus Sägemehl und Holzmehl hergestellt worden. Neuerdings ist, wie das „Wissen“ mitteilt, ein Verfahren patentiert, durch welches sowohl trockene Eichen- als auch Buchenblätter für denselben Zweck verwendet werden können. Die Blätter werden zuerst gemahlen und mit einem Bindemittel wie Leim, Harz oder Wasserglas vermischt, wonach die Masse in Sodalaug gelocht und darauf in einer Presse geformt wird. Nach dem Trocknen und dem notwendigen Erhitzen unter Druck entsteht ein fertiges Produkt, das ein guter Ersatz für Holz ist und farben annehmen kann. Der Vorteil dieses Holzes liegt in dem billigen Rohmaterial.

Sie freuen sich! Ein Leser teilt uns mit: Aus Kissingen wird mir geschrieben: Du kannst dir nicht denken, wie die Leute hier sich freuen. Überall wird statt nur am Abend schon am Nachmittag „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt. — Kissingen ist bekanntlich der Sturzort für herzogliche Ligarier, und ähnliche notleidende Zeitgenossen.

Preußen im Abwehrkampf.

Die gestrige Sitzung des Landtags, die ursprünglich auf 11 Uhr angesetzt war, wurde auf 1/2 3 Uhr vertagt, da die Regierungserklärung zur Verordnung des Reichspräsidenten noch nicht fertiggestellt war. Um 4 1/2 Uhr eröffnete Präsident Heinert in Anwesenheit des gesamten Staatsministeriums die Sitzung. Zur Verlesung gelang es, ein Schreiben der Bundtagsfraktion der Deutschnationalen, worin Protest erhoben wird gegenüber dem Verhalten des Reichspräsidenten, der am Sonnabend dem Abg. Winkler (Dnat.) das Wort entzog. Die Verlesung wird wiederholt durch Jurate wie „Papierkorb“ und ähnliche unterbrochen. Präsident Heinert erklärt, das Schreiben werde dem Protokoll der Sonnabendsitzung angefügt werden. Im übrigen habe der Landtag seine Haltung in der Sonnabendsitzung nicht beanstandet.

Darauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände abgelehnt und folgender Antrag der Koalitionsparteien zur Beratung gestellt:

„Das Staatsministerium wird ersucht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die den Bestand des Staates sicherstellen. Der Landtag erwartet sofortige Vorlage der Ausführungsbestimmungen zu den vom Reich erlassenen Verordnungen.“

Mit dieser Beratung verbunden sind die kommunistischen Anträge, die u. a. die Auflösung der Reichswehr und der konterrevolutionären Organisationen fordern. Ferner steht zur Beratung eine große Anfrage der Unabhängigen über das Strafverfahren betr. die Ermordung von Liebknecht und Rosa Luxemburg. Des weiteren stehen unabhängige Anträge über die Säuberung der Schupo, der Wehrmacht von monarchistischen Elementen und über die Angliederung von Verbänden der Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen an die Schupo für die Dauer des Ausnahmezustandes zur Besprechung.

Ministerpräsident Braun

gibt dem Abscheu und der Entrüstung der preussischen Regierung über die feige Mordtat an Rathenau Ausdruck. In kurzen Worten bezeichnet er das Lebensbild Walter Rathenaus und sagt, daß kaum jemals der Wahnsinn derer klarer in der Erscheinung getreten ist, die glauben, mit der Waffe des politischen Mordhandwerkes dem deutschen Volke helfen zu können, als durch die feige Mordtat an dem Außenminister Rathenau. Dieser Vorfall zeigt, daß der Wahnsinn in unseren eigenen Reihen haust, und es muß mit Recht die Frage aufgeworfen werden: „Soll das so weiter gehen?“ Das politische Leben Deutschlands hat sich immer dadurch ausgezeichnet, daß der politische Mordhandwerk nicht zur politischen Waffe wurde. (Lebh. Sehr wahr!) Den politisch ganz rechts stehenden Kreisen bliebe es vorbehalten, diesen Zustand zu ändern. (Zustimmung.) Und das in einer Zeit, wo die politische Freiheit so groß ist wie sie nie zuvor war. (Lebh. Zustimmung.) Im Interesse unseres Vaterlandes müssen wir den Kampf mit den Mordhunden aufnehmen, die zweifelslos Mitglieder einer weitverzweigten Verbrecherbande sind. (Sehr richtig! links. Ruf: „da drüben sitzen die Verbrecher!“) Wir müssen den Kampf aufnehmen nicht nur gegen die verwilderten Werkzeuge einer irreführenden Politik, sondern

auch gegen jene, die diese Mordbuben begünstigen.

(Sehr richtig!) Nach der ganzen Ausführung dieser Mordtat unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Mordbuben... (Auf links: Der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung“ da drüben, Herr Baedert!) Aber auch gegen diejenigen, die Mittel für diese Leute hergeben, muß mit aller Entschiedenheit eingeschritten werden. Der Kampf muß auch gegen diese gehen, die durch ihre gewissenlose Verhüllung die Mordatmosphäre geschaffen haben. (Auf links: Baedert!) Man mag die jetzige Staatsform und deren Repräsentanten mit aller scharfen Schärfe bekämpfen. Die Art aber, wie besonders in den letzten Monaten der Kampf gegen die Vertreter der Republik geführt worden ist, stellt alles in den Schatten, was jemals in einem Lande darin geleistet worden ist. Es muß sehr schlecht um die Sache stehen, die mit solchen Mitteln bekämpft werden. An alle Organe und Behörden, die es angeht, möchte ich die Worte richten, daß auch sie sich ihres Eides auf die republikanische Verfassung jederzeit bewußt sein mögen. (Unruhe links.) Die Maßnahmen der Reichsregierung sind bekannt. Der Minister des Innern wird Ihnen im einzelnen darlegen, was die preussische Regierung zu tun gedenkt, um diese Verordnung auszuführen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Kampf mit aller Rücksichtslosigkeit geführt werden muß. Alle Parteien und alle Stände des Volkes, die ein Gefühl des politischen Anstandes haben und denen die Interessen unseres unglücklichen deutschen Volkes am Herzen liegen, mögen uns in diesem Kampfe unterstützen. (Lebh. Beifall.) Ich möchte insbesondere die ausführenden Organe Preußens darauf aufmerksam machen und keinen Zweifel darüber lassen, daß dieser Kampf sich lediglich gegen die rechtsgerichteten Gruppen zu wenden hat, die einerseits die politischen Mordbuben unterstützen und mit ihrer vergiftenden Hege die Atmosphäre für diese Schandtat geschaffen. Es wird nötig sein, die Verordnungen des Reiches noch durch einige gesetzliche Maßnahmen Preußens zu unterstützen. Der Kampf muß geführt werden unter der Parole: „Kampf gegen alle Feinde der Republik, wo sie auch stehen!“ (Stürmischer Beifall links und in der Mitte.)

Minister des Innern Severing:

Nach einer Würdigung Rathenaus gibt der Minister der Befürchtung Ausdruck, daß als Folge der Mordtat die Verhandlungen der Bergarbeiterorganisationen über das Lohn- und Uebersehensabkommen scheitern könnten. Wenn wir unter der Ablehnung der Uebersehensabkommen im nächsten Winter mehr leiden müssen, so ist das allein auf das Konto der Verbrecher zu schreiben. Aber das ist nicht die einzige Gefahr. Es ist mir gemeldet worden, daß wir in Schlesien nicht nur eine oberflächliche, sondern eine schließliche Frage im allgemeinen zu lösen haben. Versprengte Selbstschutzkolonnen und andere rechtsgerichtete Organisationen haben die Ruhe und Ordnung in Schlesien derart gestört, daß selbst Vertreter der Sozialdemokratischen Partei wegen Verhängung des Ausnahmezustandes in Schlesien vorzeitig geworden sind. Was zur Bekämpfung der Gefahren getan werden kann, ist getan worden.

Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Reichspräsidenten sind bereits den Oberpräsidenten vorgelegt worden. Der Minister verliest dann die Ausführungsbestimmungen, die wir an anderer Stelle veröffentlichten. Die preussische Staatsregierung und besonders mein Ministerium, so fährt der Minister fort, haben nicht erst der Anregung bedurft, um ihre ganze Aufmerksamkeit den rechtsgerichteten Kreisen zu widmen. Die Verhaftung einiger Mitglieder der Organisation Consul ist der Berliner Polizei zu danken. Bereits vor der Ermordung Rathenaus habe ich mit dem Reichszentralrat über die Notwendigkeit eben dieser Verordnungen konferiert und habe festgestellt, daß auch bei den zuständigen Reichspräsidenten sich die Erkenntnis Bahn gebrochen hat, daß auch die Reichsregierung die Proportionalen nicht ruhig hinnehmen kann. Sie können sich darauf verlassen, daß die Verordnung des Reichspräsidenten, soweit Preußen in Frage kommt,

nicht auf dem Papier stehen bleiben wird.

Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der die Verordnung gegebene Rechtsboden dazu benutzt wird, den rechtsstehenden Kreisen die Erkenntnis beizubringen, daß Ausschreitungen, wie die der letzten Wochen nicht geeignet sind, den Bestand der Republik zu gefährden. Ich spreche dabei von jenen Verbrechern, jenen Wahnsinnigen, die sich zuweisen mit einem parteipolitischen Eifer zieren, die ich aber mit keiner politischen Partei identifizieren möchte. Diesem Verbrechertum gilt der Kampf der preussischen Regierung. (Stürmischer Beifall links.) Die deutsche Republik ist in ihrem Bestande gesichert, wenn alle, die sich zur Republik bekennen, in diesen schweren Tagen zusammenstehen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Heilmann (Soz.):

Das politische Motiv und die politische Entstehungsgeschichte der Mordtat an Rathenau stehen außer Zweifel. Eine frivole Judenhege, die durch die Freisprüche der Gerichte unterstützt wurde, hat den Glauben erweckt, daß jüdische Staatsmänner vogelfrei sind. Wenn die Republik nicht mit äußerster Strenge vorgeht, ist Rathenau vielleicht nicht das letzte Opfer. Diese planmäßige Abschichtung deutscher Staatsmänner ist nur möglich, weil hinter diesen Mordern organisierte Mörderbanden stehen. Allen, die sie unterstützen, gilt unser Kampf. Die Verordnungen des Reichspräsidenten sollen die monarchistischen Geheimorganisationen und die Pressehege treffen und ein neues Gericht gegenüber den völlig verfallenden preussischen Gerichten schaffen. Die Verordnungen haben unseren vollen Beifall. Da zum Kampfe gegen das monarchistische Verbrechen Geld nötig ist, sollte die preussische Regierung das hohenzollern-Bermögens zum Kampfe gegen die Feinde der Republik verwenden. Wie Bismarck in ähnlicher Situation das Vermögen der Welfenkönige beschlagnahmte. Die Verordnung muß in Preußen streng durchgeführt und sorgfältig überwacht werden.

Die Zustände in der Reichswehr

erfüllen uns mit ersterer Sorge als den Reichswehrminister. Im Interesse der Reichswehr müssen deren gesellschaftliche Fahnen, die bekanntlich schwarzweißrot sind, verwinden. In das Reichswehrministerium gehört ein Mann, der Gewähr über die Säuberung der Reichswehr gibt. In Preußen handelt es sich vor allem um die Reform der Justiz und der Verwaltung. Es muß ein ganz neues Sondergericht zum Schutze der Republik eingeführt werden. Aus der Schupo müssen alle unzuverlässigen Elemente beseitigt werden. Dazu brauchen wir ein neues Disziplinarverfahren, das die Rechte des Staates gegen politisch ungetreue Beamte energisch wahrnimmt. So rasch wie möglich muß in Preußen die Amnestie in weitestem Umfange erfolgen. Es sind uns eine ganze Reihe von Briefen zugegangen, in denen mitgeteilt wird, daß eine Anzahl Beamter sich in der gemeinsamen Weise zum Tode Rathenaus gedürrt haben. Ein Landrat in Schlesien sagte: „Gott sei Dank, daß der Jude verrückt ist!“ (Stürmische Entrüstung links und in der Mitte.) Ein Beamter, der den Anschlag der Trauerkundgebung des Reichstages zu befürchten hatte, erklärte: „Diesen Müß ich jetzt auch noch anheften!“ Eine Sekretärin des Auswärtigen Amtes hat geäußert: „Gott sei Dank, daß ein Jude weniger ist!“ (Stürmischer Ausbruch der Entrüstung links.)

Mit Feuer und Schwert

müßte man gegen diese Elemente vorgehen. Für die demokratische Republik muß das ganze freilich gesinnte wertvolle Volk eintreten. Darum bedauern wir sehr die törichten Zwischenrufe und Angriffe der Kommunisten, mit denen man die Reaktion nicht überwinden kann. Nehmen Sie zu den Kommunisten zur Vernunft zurück und leisten Sie nicht in dieser kritischen Stunde zur Freude der Reaktion dieser durch einen Kampf der Verteidiger der Republik untereinander Vorkub. Wir brauchen eine Einheitsfront, die marschiert und handelt. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Winkler (Dn.) erhält das Wort. Die Sozialdemokratische Fraktion verläßt die Sitzungssaal, während die Unabhängigen und Kommunisten sich um die Rednertribüne scharen und den Sprecher durch Zwischenrufe fortgesetzt unterbrechen. Präsident Heinert ermahnt vergeblich zur Ruhe. Der Värm dauert während der ganzen Rede Winklers an, die sich mit der Erklärung Hergits im Reichstoge deckt.

Abg. Dr. Heß (Z.): Die Prophezeiungen, daß um den 24. Juni herum etwas Geschehen werde, haben sich in schrecklicher Weise bestätigt. Das Wort des „Lokal-Anzeigers“: „Rathenau ist auf dem Felde der Ehre gefallen“ erfüllt einen mit Ekel und Verachtung. Die Rechte kann sich nicht damit herausreden, daß sie die Folgen ihrer niederträchtigen Hege nicht hätte voraussehen können. Seit dem Wort auf dem Antriebs hat sich die Hege in Versammlungen und in der Presse nur noch verstärkt. Am 23. Juni noch forderte Hefferich (Stürmische Jurate links: Der Mörder!) den Staatsgerichtshof gegen Dr. Rathenau, und am nächsten Tage schon wurde der Minister erschossen. Jetzt kommen die Lobeshymnen aus der Reichspressen für den Hingemordeten. Das ist eine elende Heuchelei, besonders, wenn ausgerechnet Herr Hülssong sich zum Lobredner des Ermordeten aufschwings. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit.) So kann es nicht mehr weitergehen. Die Minister der Republik sind kein Feind. Sie (nach rechts) haben diese Hege getrieben, weil sie es nicht verschmerzen können, daß sie nicht mehr die uneingeschränkte Kommandogewalt in Händen haben. Ein festgeführter Block der Mitte, der uns aus diesen Zuständen befreit, ist das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit.)

Abg. Dr. Kalle (D. Vpt.) bezeichnet die Ausnahmebestimmungen nach diesem furchtbaren Ereignis als bitter notwendig.

Abg. Obdusch (U.S.) bezeichnet es als einen Skandal, daß der Kommissar für öffentliche Ordnung nicht die Mordbuben verhaften hat.

Abg. Dr. Meyer-Dittrich (Komm.) verurteilt den Mord. Wenn aber ein Herr Weismann noch heute Hüter der öffentlichen Ordnung sei, so sei das für die Orgeheute geradezu ein Unreiz, solche Mordtaten zu begehen. Alle Verdächtigen der Organisation C seien vom Polizeipräsidium wieder entlassen worden. Der Leiter der Abteilung Ia sei gleichzeitig Vertrauensmann der Orgehe. (Lebh. Hört! Hört!)

Ein Vertreter des Justizministeriums erklärt, daß hinsichtlich der Verordnung des Reichspräsidenten das Notwendige veranlaßt werde.

Abg. Dr. Schreiber (Dem.) führt eine Menge von Beispielen an, wie die Rechtspressen gehetzt hat und wie aus dieser Hege die Atmosphäre entstanden ist, aus der heraus der politische Mord entstand.

Abg. Brodt (Wirtsch.-Partei) zieht einen scharfen Strich zwischen seiner Partei und den Deutschnationalen und fordert, daß die politische Erziehung der Studenten anders als bisher erfolgt. Durch die Annahme eines Schluhantrages wird dem deutschnationalen Abg. Koch das Wort abgeschnitten.

Abg. Heilmann (Soz.) beantragt, die zur Beratung stehenden Anträge einem Ausschuss zu überweisen.

Abg. Leibig (D. Vpt.) beantragt, hierfür den Verfassungsausschuss zu wählen.

Das Haus beschließt so und vertagt sich dann auf Mittwoch 11 Uhr.

Schluss 6 1/2 Uhr.

Maßnahmen in Preußen.

Der preussische Minister des Innern erklärt, dem amtlichen Preussischen Pressedienst zufolge, unter dem 26. Juni 1922 folgende Bekanntmachung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922.

I.

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist im Sinne der in der Verhandlung des Reichstages vom 25. Juni 1922 vom Reichsjustizminister namens der Reichsregierung abgegebenen Erklärung zu handhaben. Im einzelnen sind folgendes bestimmt:

1. Außer der Landeszentralbehörde sind zu Maßnahmen nach § 1 und § 9 der Verordnung die Oberpräsidenten, für den Bezirk der Stadtgemeinde Groß-Berlin der Polizeipräsident zuständig (vgl. § 2 Abs. 1 der Verordnung).

2. Die Oberpräsidenten bzw. der Polizeipräsident in Berlin haben alle Vorkehrungen zu treffen, die zu ihrer rechtzeitigen Unternehmung über Versammlungen, Aufzüge und Kundgebungen von Vereinen und Vereinigungen der im § 1 der Verordnung bezeichneten

Art, sowie über gemäß § 9 der Verordnung ergehende Gerichtsbeschlüsse erforderlich sind.

3. Von jedem Verbot auf Grund des § 9 der Verordnung ist mir Anzeige zu machen; soll von einem Verbot Abstand genommen werden, so bedarf es meiner Einwilligung.

4. Es ist darauf hinzuwirken, daß die Beschwerden nach § 3 und § 9 gleichzeitig in einem zweiten Stück dem Oberpräsidenten bzw. dem Polizeipräsidenten in Berlin, gegen dessen Verbot sich die Beschwerde richtet, eingereicht werden. Der Oberpräsident bzw. der Polizeipräsident in Berlin hat die Beschwerde mit seiner Stellungnahme beschleunigt an mich weiterzuleiten.

Berlin, den 26. Juni 1922.

Der Minister des Innern.
gez. Severing.

II.

Bekanntmachung des Ministers des Innern vom 26. Juni 1922 auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über das Verbot bestimmter Versammlungen vom 26. Juni 1922.

Alle Regimentsfeiern und andere Versammlungen von Angehörigen ehemaliger Truppenteile werden bis auf weiteres verboten. Verbote werden ferner die für den 28. Juni 1922 geplanten Veranstaltungen zur Erörterung der Annahme des Friedensvertrages und damit zusammenhängender Fragen.

Berlin, den 26. Juni 1922.

Der Minister des Innern.
gez. Severing.

Blutiger Zusammenstoß in Hamburg.

Hamburg, 26. Juni. (Sig. Drahtbericht.) Hamburg erlebte am Montag nachmittag die größte politische Kundgebung, die es je gesehen hat. Die Parteivorstände der SPD. und USPD. hatten bereits vor dem Eintreffen der Parole für Dienstag in Verbindung mit dem Ortsauschuss des DGB. zur Arbeitsruhe von 3 bis 5 Uhr am Montag ausgerufen. Solche Menschenmassen, wie sie Hamburg unter Schwarzrotgoldenen und roten Fahnen durchzogen, sind noch nie auf den Beinen gesehen worden. Von 20 Tribünen wurde auf dem Heiligengeistfeld zu dreihunderttausend Menschen gesprochen. Die Kundgebungen schlossen mit einem Bekenntnis zur Republik und mit der Annahme einer gleichlautenden Entschließung, in der verschiedene Forderungen an die Regierung gerichtet werden, um endlich der Reaktion Einhalt zu gebieten. Die in musterhafter Ordnung durchgeführte Riefenkundgebung endete leider mit einem großen Mißklang. Entgegen den Versicherungen der Polizeibehörde, die Absperrung des Bannkreises unter äußerster Zurückhaltung und ohne jedes unnötige Verbot zu sichern, stand in der Nähe des Bismarck-Denkmalts am Hafen eine Patrouille von einem Offizier und zehn Mann, die ein Schild mit sich führten, auf dem „Halt, wer weiter geht, auf den wird geschossen!“ stand. Dies mußte natürlich in den von der Kundgebung abmarschierenden Massen Empörung auslösen, die vielleicht auch wohl von Heßern geführt worden sein mag. Es kam zum Handgemenge. Schließlich ließ der Offizier Feuer geben. Ob das notwendig war, steht sehr dahin. Der Erfolg war, daß ein Toter und drei Verwundete auf dem Platze blieben. Von der Partei sind sofort Schritte eingeleitet worden, um eine strenge Untersuchung führen und die etwaigen Schuldigen zur Rechenschaft ziehen zu lassen.

Verhaftungen in Helsingfors.

Helsingfors, 26. Juni. Auf Antrag der deutschen Gesandtschaft nahm die Polizei in Helsingfors auf dem heute eingelaufenen Dampfer „Rügen“ drei unter dem Verdacht der Beteiligung des Mordes an Rathenau stehende Personen fest, die sich für englische Matrosen ausgeben, die nach Wiborg unterwegs seien. Die Untersuchungen dauern fort.

Lloyd George und Facta an Wirth.

WZB. meldet, Lloyd George hat dem Reichszentralrat folgende Trauerbotschaft übermittelt lassen: „Mit tiefem Bedauern habe ich die Nachricht von dem Tode Dr. Rathenaus erhalten und möchte meinem Abscheu vor dem entsetzlichen Verbrechen Ausdruck geben, durch welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichneten Vertreter beraubt worden ist. Die ganze Welt muß Männern Ehre zollen, die, wie er es tat, im Dienste des Volkswobles, den Gefahren eines öffentlichen Hasses trotzen. Übermitteln Sie bitte seiner Familie mein tiefes Mitgefühl.“

Der italienische Ministerpräsident Facta sprach dem Reichszentralrat in folgendem Telegramm sein Beileid aus: „Mit tiefem Schmerz erhalte ich die Nachricht vom Tode des Herrn Rathenau. Deutschland verliert in ihm einen hervorragenden Mann, dessen Kultur und dessen Geist alle bewundern. Ich erinnere mich der Zeit, die ich mit ihm in Genoa verbracht und der Sympathien, die er einflößte. Ich bitte Sie, das tiefempfundene Beileid entgegenzunehmen, das die italienische Regierung und ich mit lebhafter Anteilnahme übermitteln.“

Deputationen im Reichstag.

Im Reichstag erschienen gestern verschiedene Deputationen aus den Berliner Betrieben, die ihre besonderen Wünsche bezüglich der jetzt zur Anwendung zu bringenden Maßnahmen vorbringen wollten. In einigen Fällen handelte es sich dabei um Komitees aus kommunistischer Parole, die aus Mitgliedern der SPD., angeblichen Mitgliedern der SPD. und USPD. und „parteilosen Arbeitern“ bestanden.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion steht auf dem Standpunkt, daß die Mitglieder jeder Partei an ihre eigene gesondert heranfragen sollen. Am allerwenigsten kann sie sich mit sogenannten „parteilosen“ Arbeitern einlassen, die womöglich gelb und deutschnational sind!

Außerdem sind die Abgeordneten so beschäftigt, daß sie nicht imstande sind, Deputationen in beliebiger Zahl zu empfangen, falls nicht die Arbeit des Reichstags in Frage gestellt werden soll.

Bayerns Sorgen.

München, 26. Juni. (WZB.) Die Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat im Landtage eine Interpellation eingebracht, in der zu dem vom Reichspräsidenten erlassenen Verbot zum Schutze der Republik vom 24. Juni Stellung genommen wird, und in der die schärfsten Bedenken gegen diese tief in die Hoheitsrechte der einzelnen Länder eingreifenden Bestimmungen geltend gemacht werden.

Man schreibt uns: Die Kaffeediebe Kahlbaum in Nürnberg absolvierte am Tage der Ermordung Rathenaus folgendes Programm:

1. Deutschland, Deutschland über alles.
2. Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot.
3. Bayerischer Desfitermarck.
4. Ich bin ein Preuße.

Die Arn. 1 und 4 wurden von den Gästen stehend angehört und mitgeführt. Wer nicht mitmachte, floh. Die Begeisterung war groß.

Gewerkschaftsbewegung

Betriebsräte!

Deputationen einer großen Anzahl Betriebe des Wirtschaftsbezirks waren heute in der Betriebsrätezentrale und forderten die sofortige Einberufung der Generalversammlung der Betriebsräte, damit diese zu der gegenwärtigen Situation Stellung nehmen sollte. Hierzu haben wir folgendes zu erklären:

In gemeinsamer Sitzung der Gewerkschaftskommission, der KFD, SPD, USPD und KPD wurden die Fragen des örtlichen Vorgehens durchgesprochen und einstimmig im Sinne des heutigen Aufrufes entschieden. Wir fordern die Betriebsräte auf, in ihren Betrieben dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Aufrufe gehandelt wird, daß strengste revolutionäre Disziplin herrscht.

Am heutigen Abend tagt der Zentralrat und sämtliche Gruppenräte in gemeinsamer Sitzung und es erfolgt die Einberufung einer Generalversammlung der Betriebsräte in dem Augenblicke, wo es die Situation, nach Auffassung obgenannter Körperschaften, erfordert. Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Kaufmännische und Bureauangestellte!

Auf Beschluß der Spitzenorganisationen, der Berliner Gewerkschaftskommission und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes (AFA) tritt heute, Dienstag, mittags 12 Uhr pünktliche Arbeitsruhe ein.

Die Funktionäre unseres Verbandes haben sich unverzüglich mit den Vertretern der Arbeiterschaft in Verbindung zu setzen, um gemeinschaftlich das Nötigste zu veranlassen.

Die Beschäftigten verlassen pünktlich um 12 Uhr geschlossen die Betriebe. Die Arbeitsruhe währt bis zum Betriebsbeginn des nächsten Tages.

Kolleginnen und Kollegen! Heraus aus den Betrieben! Befehdet durch geschlossenen Aufmarsch Euren Willen, die Reaktion niederzuschlagen.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Berlin.

Arbeitsruhe im Einzelhandel.

Das Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel fordert alle in den Berliner Waren- und Kaufhäusern- und Spezialgeschäften tätigen Angestellten, Handelshilfs- und Facharbeiter auf, sich an der Rathenau-Demonstration durch Arbeitsruhe zu beteiligen. Treffpunkt Dienstag mittags 1 Uhr Dönhofsplatz Ecke Kornmandantenstraße. Sorgt für die reibungslose Stilllegung der Betriebe, demonstriert gegen den Menschenhändler! Kartell der freien Gewerkschaften im Einzelhandel.

Zum Streik im Buttergroßhandel.

Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband wird uns geschrieben:

Die Tatsache, daß die Arbeiter reiflos die Betriebe verlassen, beweist, daß es der Arbeiterschaft ernst ist mit der Erlämpfung einigermaßen auskömmlicher Löhne. Die Stimmung unter den Streikenden ist zuversichtlich und ohne Vorwurf. Die Forderung der Verbe wird von den Streikenden ausgeführt. Am leicht verderbliche Ware wie Butter, Margarine, Wärmelade, Kunsthonig, Quark usw. vor dem Verderben zu schützen, wird der Transport dieser Lebensmittel zu den Kühlhäusern ohne Behinderung ausgeführt.

Wie gewöhnlich muß auch die Tagespresse wieder in Aktion treten. So berichtet der „Kositzscheiger“, daß die Arbeitnehmer in den Streik treten, obwohl die Arbeitgeber durch Anruf des Demobilisierungskommissars zu erkennen gaben, daß die Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht erschöpft waren. Dies trifft nicht zu, denn die Organisationsleitung erfährt erst am zweiten Tage des Streiks, daß eine Verhandlung vor dem Demobilisierungskommissar stattfinden soll. Es erscheint eigenartig, daß die Arbeitgeber es diesmal so eilig haben, vor dem Demo zu verhandeln, was früher bei ähnlichen Anlässen nicht der Fall war. Die Gründe hierfür sind klar. Irreführend schreibt der „Kositzscheiger“: „Der Ausstand wirkt vor allem sehr empfindlich, weil es sich hier darum handelt, daß innerhalb ganz kurzer Zeit verderbliche Lebensmittel dem Verbrauch nicht zugeführt werden können.“ Durch den unbehinderten Transport verderblicher Lebensmittel nach den Kühlhäusern ist ein Verderben ausgeschlossen, es kann sich durch den Nichtverkauf dieser Lebensmittel nur um eine Schwächung des Profites der Arbeitgeber handeln, was für den „Kositzscheiger“ die Hauptfrage ist, woran aber die Streikenden keine Schuld tragen.

In die Kollegen Kutscher aus den Expeditions- und Fuhrwerksbetrieben richten wir das Ersuchen, keine Waren, außer verderblichen Lebensmitteln, aus den bestrittenen Betrieben abzurufen.

Lohnkampf der Bauschlösser.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schreibt uns:

Die Bauschlösser Berlins sowie die Arbeitnehmer in den Betrieben für gelochte Bleche haben in der Branchenversammlung am 22. Juni nach dem Bericht der Tarifkommission, wonach dieser Branche vom Schlichtungsausschuß ein Zuschlag von 26 Proz. zugesprochen wurde, diesen Schlichtungsbescheid einstimmig abgelehnt und beschloffen, am Freitag, dem 23. Juni, ihren Arbeitgebern in jedem Betrieb die Forderungen vorzulegen und bei Ablehnung über Arbeitsniederlegung abzustimmen. 58 Betriebe mit 1200 Kollegen haben die Arbeit niedergelegt; eine Anzahl Betriebe hat die Forderungen bewilligt. Am Sonnabend, dem 24. Juni, beschloffen die Arbeitgeber, die Arbeiter auszusperrten. Bis zur Stunde sind als ausgesperrt gemeldet 8 Betriebe mit 52 Beschäftigten. Wir ersuchen alle Kollegen, wenn ihnen Arbeitsangebote gemacht werden, sich an die Streikleitung, Linienstraße 195, zu wenden.

Vor der Entscheidung im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, findet Donnerstag im Großen Saal der Neuen Welt, Hofenheide, eine große öffentliche Kundgebung der gesamten Berliner Bankangestellten statt, um zu der Tarifsituation, die sich scharf zugespitzt hat, Stellung zu nehmen. Neben aller drei Bankangestelltenorganisationen sowie die Obleute sämtlicher Betriebsräte der Großbanken werden sprechen.

Versammlung der Rohrarbeiter.

Am Montag, den 18. Juni 1922, fand eine gutbesuchte Branchenversammlung der Blei-, Draht-, Blei- und Papierrohrarbeiter in der Schulaula Weinmeisterstr. 16/17 statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gab der Branchenleiter, Kollege Max Schoodt, den Bericht über die Tätigkeit der Branchen des vergangenen Jahres.

Schoodt teilte mit, daß 342 Branchenwertstatversammlungen, 20 Vertrauensmännertreffen und 46 Branchenkommissionssitzungen stattgefunden hatten. In allen Fällen, wo seitens der Kol-

legen der Branchenkommission von Mißverständnissen Kenntnis gegeben wurde, hat die Branchenleitung dem Wunsche der Kollegen entsprochen. In der Diskussion wurde voll und ganz anerkannt, daß alles, was möglich war, erreicht worden ist.

Der Kollege Reichardt, KPD, erklärte einleitend, daß er zu „neuem Leben“ erwacht sei (er war bisher nicht Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, da er ausgeschlossen war). Er brachte jedoch allerhand Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung standen, vor.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde der Bericht der Revisorin gegeben, die Kasse für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum 3. Punkt der Tagesordnung, Neuwahl der Branchenleitung, wurde es besonders lebhaft. Hatte man der Branchenleitung in jeder Hinsicht eingestanden, daß sie ihre Pflicht getan hatte, so versuchte man jetzt mit den kleinlichsten Mitteln gegen die Person des Branchenleiters vorzugehen. Die Kommunisten hatten eine Stunde vor der eigentlichen Versammlung Kriegsrat abgehalten, um sich jedenfalls dafür stark zu machen. Der Kollege Schoodt als Branchenleiter erklärte, daß die alle Branchenleitung bereit wäre, wieder zu kandidieren. Als nun zur Wahl selbst geschritten wurde, verließen die Kollegen der KPD demonstrativ den Saal. Die alte Branchenleitung wurde demnach einstimmig von den Anwesenden auf ein weiteres Jahr wiedergewählt. Zum 4. Punkt der Tagesordnung machte Reichardt über die Verhandlungen mit dem BBA I Mitteilungen und ermahnte die Kollegen, im Interesse der Branche sowie der Organisation ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun, da es in den Betrieben durch die Zerissenheit der Arbeiterschaft nicht besonders gut aussehe.

Urabstimmung der Sattler.

Bei der am 24. Juni stattgefundenen Urabstimmung über Festsetzung der Lohalarbeit wurden abgegeben 2272 Stimmen. Für die erhöhte Sätze stimmten 1362, dagegen 848, ungültig waren 62 Stimmen. Damit ist die Vorlage der Ortsverwaltung angenommen und betragen ab 1. Juli die Lohalarbeit: für die 6. Kl. 1 M., 5. Kl. 2 M., 4. Kl. 3 M., 3. Kl. 4 M., 2. Kl. 5 M. und 1. Kl. 6 M.

Vom amerikanischen Grubenarbeiterstreik.

Ueber den amerikanischen Bergarbeiterstreik hat der „Bundesrat der Christlichen Kirchen in Amerika“ Erhebungen veranstaltet, deren Resultat um so bedeutsamer ist, als sie von einer Institution veranstaltet wurden, die in Amerika sonst wenig geneigt ist, das Interesse der Kapitalisten preiszugeben. Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Kirche in Amerika in jüngster Zeit ihren propäditischen Charakter etwas verliert hat.

Nach dieser Erhebung nehmen in den Vereinigten Staaten rund 514 000 Bergarbeiter am Streik teil, von denen 117 000 nicht gewerkschaftlich organisiert sind; die den Gewerkschaften angehörigen Arbeiter haben bisher so gut wie geschlossen sich am Streik beteiligt. Es arbeiten jetzt noch rund 121 000 nicht gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die 4 000 000 Tonnen von dem insgesamt 8 000 000 Tonnen betragenden Mindestwochenbedarf des Landes fördern. Die Referenzen über der Erde, die sich am 1. April auf 63 000 000 Tonnen beliefen, sind auf 40 000 000 Tonnen zusammengeschrumpft. Der Streik ist zum allergrößten Teil in bester Ordnung verlaufen. Die Spannungen im Gebiet des Anthrazitbergbaus weniger stark als in den Distrikten des bituminösen Kohlenbergbaus; im ersteren sind die Arbeiter zu fast 100 Proz. organisiert und es scheint hier sehr wohl die Möglichkeit für ein Uebereinkommen in absehbarer Zeit zu bestehen, da Konferenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterführern im Gange sind. Ein scharfer Kampf besteht dagegen im Gebiet der bituminösen Kohle.

Der Bericht nimmt dann fernerhin Gelegenheit, auf die tieferen Ursachen hinzuweisen, die den Streikausbruch bewirkt haben: die überstarke Entwicklung des Kohlenbergbaus in den Vereinigten Staaten und die daraus folgende ungleichmäßige Beschäftigung und schwankende Bezahlung der Arbeiter. Die bituminösen Kohlenbergwerke sind ausgebaut für eine jährliche Leistungsfähigkeit von 755 000 000 Tonnen, währenddem der höchste Jahresbedarf 560 000 000 Tonnen nicht übersteigt. Die Kohlenlager sind über das ganze Land verstreut und so leicht zugänglich, daß bei guter Marktlage beinahe jeder einen Abbau einrichten kann.

Die Reinerwinne im Kohlenbergbau sind keinesfalls gleichmäßig hoch. Gerade eben machen die Bergler im Distrikt von West-Virginia, dem Hauptgebiet der nicht organisierten Bergarbeiter, offenbar beträchtliche Gewinne, da die Kohlenpreise infolge des Streiks scharf angezogen haben.

Internationale der keramischen Arbeiter.

Nach vielen Bemühungen und einem Briefwechsel mit den Landesverbänden der keramischen Arbeiter von Dänemark, Deutschland, England, Holland, Italien und der Tschechoslowakei haben sich die Organisationen geeinigt, die Internationale der keramischen Arbeiter, deren Sitz in Berlin und deren Sekretär Georg Wolman war, wieder zu errichten. Die Konferenz, die über die Wiedererrichtung beschließen soll, wird vermutlich im nächsten August stattfinden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband. Unseren Mitgliedern geben wir hiermit bekannt, daß die für Dienstag angelegte Generalversammlung wegen der Demonstration ausfällt. Diejenigen alle für diesen Tag einberufenen Sitzungen und Versammlungen. Wir bitten unsere Mitglieder, sich an der Demonstration vollständig zu beteiligen. — Die Ortsverwaltung.

Funktionärsversammlung. Die für alle Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten zu Dienstag angelegte Funktionärsversammlung fällt wegen der am diesem Tage stattfindenden Demonstration aus. Der neue Termin wird bekanntgegeben.

Deutscher Transportarbeiterverband, Branche 2 (Chemie). Die Kolleginnen und Kollegen unserer Branche treffen sich am Dienstag, dem 27. Juni, um 1 Uhr an der Wolfenbücheler (Wolfsstraße, Altes Rathaus). Wie erwähnt, daß alle Betriebe vertreten sind. 3. A. 1. Die Branchenleitung. — Branche 3 (Eisen, Glas usw.): Die für die Betriebsräte der obigen Branche zum Dienstag einberufenen Versammlung fällt aus. Der neue Termin wird im Berliner Mitteilungsblatt des „Courier“ bekanntgegeben.

Verband der Vollbeschäftigten in der Eisen-Industrie. Die für Dienstag festgesetzte Versammlung der Vollbeschäftigten in der Eisen-Industrie, Pergolauer Allee 342, fällt mit Rücksicht auf die ausgenutzten Sprechstunden aus und findet am Freitag abends 7 Uhr dortselbst statt.

Verband der technischen Angestellten und Beamten. Unsere Mitglieder folgen demnach der Einladung und Demonstration am heutigen Tage den vom AFA-Direktorat Groß-Berlin herausgegebenen Anweisungen. D. S. D., Groß-Berlin.

Zentralverband der Angestellten, Frauen-, Kleider-, Damen-, Mädchen-, Herren-, Anbetersitzungen und Herrenkleidermacher. Mitteilungsversammlung Mittwoch nachm. 5 1/2 Uhr in den Räumen des Kaiser-Wilhelm-Stroße 11.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin. Achtung! Die Sitzung der engeren Verwaltung der Metallarbeiter findet Mittwoch, den 28. Juni, zur selben Zeit statt.

Verband der Kupferschmelzer, Altkasse Berlin. Am Mittwoch findet im Gewerkschaftshaus unsere Mitgliederversammlung statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung, u. a. Neuwahl für die wichtigsten Posten im Vorstand, ist es unbedingt erforderlich, daß alle Kollegen erscheinen.

Arbeiter-Gewerkschaften, Lokales Berlin, C. B. Warm-Dienst an den von der Gewerkschaftskommission befristeten Stellen. — Der Zentralverband. **Deutscher Arbeiter-Tages-Bund, 4. Bezirk.** Verhandlung am Mittwoch, den 28. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Schiller-Park, Panitzsch.

Wirtschaft

Der deutsche Arbeitsmarkt im Juni 1922. Soweit sich die Gesamtlage des deutschen Arbeitsmarktes im Juni nach den Berichten der Landesarbeitsämter bisher übersehen läßt, ist ein weiterer Rückgang der Arbeitslosigkeit und in den meisten Landesteilen eine Zunahme der Vermittlungen eingetreten. Besonders starke Anforderungen stellt die Landwirtschaft für die Heuernte, Rüben- und Kartoffelverarbeitung und für die Vorbereitungen zur Getreideernte. Der Bergbau hat in allen seinen Zweigen großen Bedarf an Arbeitskräften, der jedoch bei weitem noch nicht gedeckt werden kann. Nach Weisfalen und in das mitteldeutsche Braunkohlenrevier wurden verschiedene Transporte von Berg- und Hüttenarbeitern aus den an Polen abgetretenen Gebieten Ober-Schlesiens gebracht. Die weiterverarbeitende Industrie steht durchweg im Zeichen starrer Beschäftigung und reger Nachfrage nach Arbeitskräften. Das gilt im besonderen Maße von der Metall- und Maschinenindustrie, dem Baugewerbe, Holzgewerbe und der Textilindustrie. Nach den für 367 deutsche Städte (über 10 000 Einwohner) vorliegenden Meldungen betrug die Gesamtzahl der unterrichteten Volkswirtschaften an diesen Plätzen am 10. Juni d. J. 1922 gegen 23 612 am 27. Mai d. J. Die noch vorhandenen Arbeitslosen verteilen sich auf einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Großstädten. Es ist besonders interessant, die Zahl der unterrichteten Volkswirtschaften bei Beginn und am Ende des ersten Halbjahres zu vergleichen:

Zahl der unterrichteten Volkswirtschaften:

	7. Januar	6. Mai	10. Juni
Altona	934	843	233
Groß-Berlin	58 471	25 351	6 742
Breslau	4 047	2 574	2 229
Dresden	3 826	801	507
Hamburg	8 074	3 230	1 090
Kiel	2 984	1 063	88
Königsberg	4 396	500	287
Leipzig	4 396	500	396
Magdeburg	2 659	209	51
München	1 415	409	220
Wien	2 353	1 035	561
Wrocław	1 506	88	124
Stettin	821	280	185

Die auffallend starke Verminderung der Arbeitslosen in Groß-Berlin ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß in der letzten Zeit die Abwanderung nach der Provinz besonders rege war. Sehr geringe Arbeitslosenziffern melden die Städte in den Industriezentren und in deren nächster Nachbarschaft, so z. B. Aachen 32, Chemnitz 27, Arelsd 1, Essen 40, Halle 5, Mainz 22, Mannheim 17, Münster 33 usw. Selbstverständlich kommt in diesen Ziffern nur ein Teil der Arbeitslosigkeit in Betracht, da z. B. Kurzarbeit und Feiertagsarbeiten nicht berücksichtigt sind. Immerhin ist aber das Gesamtbild im Vergleich zum ersten Monat des Jahres und erst recht im Gegensatz zu den Jahren 1920 und 1921 ein sehr günstiges.

Die Fundierung der neuen österreichischen Notenbank. Nach einer amtlichen Verkaufsanzeige ist die Gründung der neuen Notenbank mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Schweizer Franken zum Regierungsbeschluß erhoben worden. 60 Millionen werden sofort, die restlichen 40 Millionen später zur Zeichnung aufgelegt. Nach den Angaben der „Neuen Freien Presse“ erscheint durch das Aktienkapital der neuen Bank und durch den besonderen Devisennotendruck der österreichischen Regierung von 3 1/2 bis 4 Millionen Pfund Sterling bei dem gegenwärtigen Kurs von 3000 Kronen für einen Schweizer Franken der Betrag von 562 Milliarden Kronen voll gedeckt. Bei dem heutigen Stand des Notenumlaufs würde die Regierung sogar in der Lage, noch mehr als 250 Milliarden in Noten ausgeben zu können, die unmittelbar durch Gold gedeckt sind. Das Bankgesetz wird die Verpflichtung der Regierung enthalten, wonach jeder weitere Notendruck gegen Scheckscheine ausgeschlossen ist und neue Banknoten nur gegen volle Golddeckung ausgegeben werden sollen. Die „Neue Freie Presse“ stellt zusammenfassend fest, daß nach der Zifferngrundlage die neue österreichische Notenbank zu den bestfundierten Banken Europas gehören wird.

Briefkasten der Redaktion.

Freiwillige Anzeigen werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anzeiger muß einen Nachnamen und eine Nummer mitteilen. Eilige Anzeigen tragen man in der Zeitungsredaktion, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftsätze und Briefe sind mitzubringen. S. A. M. Es kann nur die Frage aufgestellt werden, ob die allgemeine Gemeinschaft erhoben werden. Aufklärung ist das Landgericht, bei dem der Vater seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Franz Kalks, Berlin-Nikolaierfeld 186. Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Brudr. Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. 612/21 1. Blatt.

Viele tausend Schritte

macht du täglich. Jeder Schritt bedeutet Kraftverlust, erschüttert auf harten Lederabsätzen das Nervensystem und bringt vorzeitige Ermüdung. Die Continental Absätze aus bester Gummimischung legen ein federndes Kissen zwischen Absatz u. Straße, schonen die Nerven u. lassen keine Müdigkeit aufkommen. Sie sind billiger und haltbarer als Leder. Millionen im Gebrauch.

Continental

Absätze und Sohlen

Zu haben bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Raffini

Stoffe

für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf unterweis
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstraße 20-21.

Winkelhausen

die deutsche Weinbrandmarke

Die Jagd hinter den Mördern.

Auf der Fahndung.

Auf Grund dieser Mitteilungen aus dem Publikum wurden gestern zehn Personen nach dem Polizeipräsidium gebracht, unter dem Verdacht, der Organisation C anzugehören und vielleicht mit dem Verbrechen in irgendeinem Zusammenhang zu stehen. Die Abteilung Ia des Polizeipräsidiums hat alle Meldungen und Angaben der Angehaltenen sorgfältig nachgeprüft. Alle zehn haben ihr Alibi einwandfrei nachgewiesen. Auch sonst liegt keinerlei belastendes Material gegen sie vor. Weder bei ihnen selbst, noch in ihren Wohnungen wurde irgend etwas gefunden. Eine andere vorläufige Festnahme, die gleichzeitig erfolgte, ist noch nicht erledigt. Der Angehaltene bleibt vorläufig noch in Gewahrsam, weil die Nachprüfung seines Alibibeweises noch nicht abgeschlossen ist. Verschiedene Meldungen besagen, daß dieser Mann am vergangenen Sonnabend vormittag kurz vor dem Nord in einem Automobil vor der Küstriner Str. 23 in Charlottenburg mit einem anderen und einem Chauffeur kollidierte. Die beiden Insassen zogen sich Lederjacken und Kappen an. Es kam dann noch ein Mann, der einen dunklen Anzug und nach einer Angabe eine Marinemütze, nach einer anderen einen Strohhut trug und eine Altkartenmappe unter dem Arm hatte. Kurz darauf setzte sich das Auto in Bewegung. Der dritte Mann fuhr noch ein Stück Weges durch die Hektorstraße auf dem Trittbrett mit, sprang dann ab und winkte dem Auto nach. Der angehaltene Mann bestreitet jedwede Beteiligung bei dem Verbrechen und auch jeden Zusammenhang mit der Organisation Consul. Er hat in der letzten Zeit nicht mehr in seiner elterlichen Wohnung, sondern in mehreren Pensionaten gewohnt. Zu der Wagenfahrt behauptet er, daß es sich um einen harmlosen Ausflug gehandelt habe. Mehrere Beamte sind noch unterwegs, um seine Angaben nachzuprüfen. Von dem Ergebnis hängt es ab, ob er in Haft bleibt oder wieder entlassen wird.

Nicht durch die Luft!

Dem Luftschiffbau Zeppelin-Staaken wird mitgeteilt:

Die gestrigen Abendblätter melden, daß die Mörder Rathenaus in einem Flugzeug von Staaken aus entkommen seien. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Von der Luftverkehrsabteilung sind zwei Flugzeuge, nämlich morgens um 7,45 Uhr eins nach Danzig und um 8 Uhr das zweite nach Bremen aufgestiegen. Von der Deutschen Luftreederei um 1 Uhr 30 das Flugzeug D 74 mit einem Fahrgast nach Hamburg und um 4 Uhr 10 das Flugzeug D 124 nach Dresden mit dem Flugzeugführer Lange. Sämtliche vier Flugzeuge wurden von der Flugpost untersucht. Die vier Flugzeuge waren sämtlich fahrbahnfähig. Nichtfahrbahnfähige Flugzeuge sind nicht gestartet.

Hausdurchsuchung bei den Deutschnationalen.

Gestern (Montag) vormittag hat im Bureau des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei, Schellingstr. 10, durch ein Kommando von 30 Kriminalbeamten im Auftrag des Oberregierungsrats Weiß vom Polizeipräsidium Abt. Ia eine Hausdurchsuchung stattgefunden. Der anwesende Generalsekretär Kube verlangte zunächst Vorweisung eines schriftlichen Befehls und erklärte, falls ein solcher nicht existiere, würde er sich der Hausdurchsuchung widersetzen. Die Kriminalbeamten zogen sich daraufhin zurück, kamen aber nach kurzer Zeit wieder und erklärten, sie hätten sich telefonisch mit Polizeirat Dr. Ossig in Verbindung gesetzt und von ihm Anweisung erhalten, die Hausdurchsuchung sofort, auch ohne schriftlichen Befehl, vorzunehmen, da Gefahr im Verzuge sei. Darauf stellte der Generalsekretär Kube die Archive zur Verfügung, die durchsucht wurden. Es wurden eine Anzahl Listen und Schriftstücke mitgenommen, in denen bisher nichts Belastendes gefunden wurde. Auch in der Hauptgeschäftsstelle des Verbandes Nationalogestimmter Soldaten, die sich gleichfalls im Hause Schellingstr. 10 befindet, wurde im Laufe des gestrigen Vormittags durch Kriminalbeamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums eine Hausdurchsuchung vorgenommen und das gesamte Aktenmaterial des Verbandes einer Durchsicht unterzogen, die bisher nichts von Bedeutung ergab.

Die Polizei richtet jetzt ihre Aufmerksamkeit besonders auch auf geheime kleine Zirkel, zu denen sich politische Extremisten zusammenzuschließen pflegen. Manche Meldungen, besonders auch von auswärtig, vermuten, daß die Mörder Landesfremde sein können. So bezog sich eine Mitteilung auf ein französisches Automobil, das mit der in Betracht kommenden Personenzahl von Leipzig ausgefahren war. Dieser Verdacht erwies sich jedoch bald als ganz haltlos. Andere Mitteilungen vermuten die Täter in aristokratischen Kreisen, denen die Zustimmung über den Vertrag von Rapallo Veranlassung gegeben habe, Außenminister Rathenau zu beseitigen. Aber auch dafür fehlt bisher jeder Anhalt.

Dokumente nationalistischer Verrohung.

Von einer grenzenlosen Verrohung zeugen Mitteilungen aus der Villa des ermordeten Ministers. Die Mutter und andere Angehörige des Ermordeten erhalten dort nach dem rachsüchtigen Verbrechen ständig unflätige Zuschriften. Rüpfeleien ähnlicher Art werden ihnen durch Fernsprecher zugerufen. Die Abteilung IA hat auch nach dieser Richtung hin ihre Maßnahmen getroffen. Ferner wird uns mitgeteilt, daß, als der Tod des Ministers in einem in der Neustädtischen Kirchstraße befindlichen Syndikatsbureau bekannt wurde, die dort anwesenden Angestellten einschließlich der Stenotypistinnen in einen wahren Freudenrausch gerieten. Man zögert unwillkürlich, diese Dinge niederzuschreiben und zu veröffentlichen, weil sie einen so unerhörten sittlichen Tiefstand verraten, daß man die Täter unmöglich als noch dem deutschen Volke zugehörig bezeichnen kann, wiewohl sie selber sich demütlich als ganz besonders echt germanisch-germanisch-germanisch-national vornehmen werden. Alles das gilt dem Juden Rathenau, und die weite Öffentlichkeit erfährt hierdurch zum erstenmal, welchen unermeßlichen, kaum noch gutzumachenden Schaden der unverschämte und der noch weit schlimmere geheime Antisemitismus herbeigeführt hat. Der tiefgebeugten Mutter des Ermordeten und seinen Angehörigen mag es Trost sein zu wissen, daß das deutsche Volk dafür sorgen wird, daß diesem antisemitischen Lumpengefindel in Zukunft das Handwerk gelegt wird.

Rathenaus Schwester passiert ahnungslos die Mordstelle.

Verdacht hatte, wie wir mitteilen, ein rotbraunes Auto erregt, das in schneller Gangan mit vier Personen an der Mordstelle vorbeifuhr, während der erschossene Minister in seinem Wagen lag. Man rechnete mit der Möglichkeit, daß es die Aufgabe gehabt habe, den Wagen der Mörder zu bedecken. Auch diese Vermutung ist hinfällig. Der Wagen war der des Direktors Meier des Bankhauses Hardy und Co. In ihm saßen zwei Herren und eine Dame, darunter eine Schwester Rathenaus mit ihrem Manne. Diese kamen von auswärts und fuhren gefahrenwind, weil sie sich verspätet hatten, ohne Ahnung des Verbrechens an der Mordstelle vorbei. Sie sahen wohl, daß dort etwas vorgefallen war, achteten aber nicht weiter darauf. Das Auto mit den Mördern war bereits verschwunden.

Absperrmaßnahmen der Schutzpolizei.

Die Pressestelle des Polizeipräsidiums teilt mit:

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung während der heutigen Beisetzung des Reichsaußenministers Dr. Rathenau sind von der Schutzpolizei besondere Maßnahmen getroffen worden. Zum Schutze der Feierlichkeiten im Reichstag wird der Bannkreis ab 11 Uhr vormittags besetzt. Die Trauerfeier selber findet mittags 12 Uhr im Reichstag statt. Eine Kompanie Reichswehr wird das Ehrenspalier bilden. Der Fahrzeugdurchgangsverkehr wird von 11 Uhr ab um den Königsplatz herumgeleitet. Die Haltestelle der Straßenbahn in der Sommerstraße wird nach der Haltestelle an der Charlottenburger Chaussee in Höhe des Kaiser-Friedrich-Denkmal verlegt. Im Anschluß an die Feierlichkeiten im Reichstag findet die Ueberführung der Leiche im Leichentransportwagen nach der Begräbnisstätte in Oberschöneweide statt. Der Leichenzug wird

durch Personenwagen der Schutzpolizei auf der ganzen Strecke begleitet werden. Ferner wird die Freihaltung des ganzen Weges des Leichenzuges durch Streifen und Postierungen der Schutzpolizei in den betreffenden Straßenzügen gesichert werden. Es darf erwartet werden, daß das Publikum durch eine dem Anlaß entsprechende Zurückhaltung die Maßnahmen der Polizei nach Möglichkeit unterstützt.

Flaggenfandal.

Die Tatsache des Fehlens jeglicher Flaggen auf dem Gebäude der ehemaligen Kommandantur und des Kronprinzen-Palais, die wir bereits in unserer Montag-Morgenausgabe feststellten, ist auch allgemein aufgefallen, ebenso die mangelhafte Flaggen der Universität und der Staatsbibliothek. Das Hauptpostamt Französischer Straße hatte überhaupt keine Flagge, obwohl es mehrere Flaggenmasten besitzt. Was soll das eigentlich heißen? Will man dort oder will man nicht?

Auf dem Riesengebäude der AEG in Moabit war noch gestern vormittag keine Spur einer Trauerbezeugung für den ermordeten Präsidenten des Ausschusses zu erblicken. Die Direktion mußte, so wird uns mitgeteilt, erst vom Betriebsrat aufgefordert werden, ihrer Anstandspflicht zu genügen. Es gab nun zunächst ein Hin und Her, woran nicht ausschließlich die Direktion, sondern auch das Reichs des Drabes an der Fahnenstange schuld war. Schließlich wurde aber der Vorsitzende des Betriebsrats der AEG, vom Friedrich-Karl-Ufer herbeigezogen, der zwei diensthabenden Direktoren kurzweg erklärte, man kenne ihre Denkweise über den ermordeten Rathenau und wenn nicht binnen einer Viertelstunde das Gebäude Trauerfahnen auftrage, dann werde ein roter Bimpel vom Dach wehen. Nach einer Viertelstunde wehte aus einem Dachfenster halbmaß schwarzrotgold.

Ueber die Tatsache, daß Reutöllns Hauptpostamt ohne Reichsflagge blieb, schreibt man uns: Trotdem seit Sonnabend mittag von den Ministerien die Ordre ausging, die staatlichen Gebäude halbmaß zu flaggen, hielt der Oberpostdirektor Rheke, Hauptpostamt Reutölln, es noch nicht für nötig, am Sonntag das republikanische Fahnenstück zu zeigen. Ein persönlicher Besuch verließ neugierig durch seine Abwesenheit, an seinen Stellvertreter, Herrn Kalsche, verwiesen, konnte auch dieser Herr nicht ausfindig gemacht werden. Sollten beide sich an den Demonstrationen beteiligen? Das übrige Personal erklärte, ohne Genehmigung einer der Herren die Flagge nicht aufziehen zu dürfen. Bis Sonntag soll von der M.D. noch kein Aufruf zum flaggen eingegangen sein. Das in der Nähe der Post liegende Amtsgericht hatte halbmaß gesenkt, die Post mit ihrem Fernschreiber aber nicht. Wenn der Fernschreiber nicht in Ordnung sein sollte, wäre es empfehlenswert, Herrn Rheke in Erinnerung zu bringen, daß er Reparaturen rechtzeitig zu melden hat.

Im wesentlichen Gegenfall hierzu können wir noch nachtragen, daß am Sonnabend nachmittag selbst die französischen, englischen und amerikanischen Botschaften ihre Nationalflaggen auf halbmaß gesenkt hatten.

Ein Generalmajor schmäh die Republik.

Ein alter Parteigenosse teilt uns folgenden Vorfall aus Potsdam mit:

Als ich am Sonntag, den 25. Juni, zufällig in Potsdam war, las ich nachmittags um 3 Uhr mit ungefähr 30 Personen zusammen im Schaufenster der Redaktion der „Potsdamer Tageszeitung“ den von der Regierung verbreiteten Aufruf des Reichstagspräsidenten und des Reichstanzlers. Auf einmal rief ein Herr neben mir in richtigem Koferenhofen „Nieder mit der Republik!“ Ich ließ den Mann sofort feststellen. Auf der Potsdamer Bahnhofswache entpuppte sich dieser Herr als ein Generalmajor a. D. Hans v. Felgenhauer, Tempelhof, Berliner Str. 48. Anlässlich wollte er streiten, daß er den Aufruf getan habe. Schließlich gab er es aber doch zu. Er verließ sich dann noch zu verschiedenen anderen Ausdrücken. Bestimmt gesagt hat er zu mir: „Dah Sie mich haben verhaften lassen, wird Ihnen noch nach zehn Jahren in der Seele brennen.“ Nebenbei bemerkt, ist der betreffende Generalmajor a. D. Vorstandsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei in Tempelhof.

Wenn der Generalmajor die Republik so wenig leiden kann, dann möchten wir ihm empfehlen, sich seine Pension in Zukunft vom „seinem“ Herrn in Holland zahlen zu lassen.

Der Ruf durchs Fenster.

41] Roman von Paul Frank.

„Wie hat die Drohung gelaute?“
 „Das . . . weiß ich nicht mehr genau . . .“
 „Doch! Besinnen Sie sich nur!“
 „Ich habe die Häute geballt . . .“
 „Und im nächsten Augenblick haben Sie zugeschlagen . . . oder gar zugestoßen, nicht wahr . . .?“
 Der Präsekt hatte sich von seinem Sitz erhoben und starrte dem Studenten lauernd ins Gesicht.
 Der hob abwehrend beide Hände hoch. „Nein . . .“ rief er, „nein! Ich habe Erika nicht berührt!“
 „Das lügen Sie!“ knirschte der Präsekt.
 Dmochowski hielt seinen wütenden Blick aus. „Ich wäre dessen nicht fähig gewesen . . .“ sagte er einfach.
 Ludolin warf den Bleistift mit einem ärgerlichen Ruck auf den Tisch, auf dem er bis nach vorn an die Kante rollte, wo er durch den rasch zugreifenden Protokollführer aufgehoben und am Fallen gehindert wurde.
 „Sie haben also nicht zugeschlagen?“ wiederholte Ludolin mißmutig. „Sondern?“
 „Erika hat gerufen. „Zu Hilfe!“ hat sie geschrien, zweimal hintereinander. Laut und deutlich hat sie gerufen.“
 „Und was haben Sie getan?“
 „Ich habe bereit; ich habe Angst gehabt, daß man uns sehen oder hören könnte . . . Ich bin davongelaufen! Wie ein Hase bin ich davongelaufen.“
 „Und dann?“
 „Nichts weiter. Ich habe mich gar nicht mehr umgedreht.“
 Der Präsekt sah auf seine Uhr.
 „Und das sollen wir Ihnen glauben?“
 Der Student zuckte apathisch die Achseln.
 „Ich schließe das Verhör.“ sagte der Präsekt und erhob sich.
 „Verstörter Bursche!“ rief er Dmochowski zu. „Aber wir kriegen ihn schon klein! Verlassen Sie sich darauf!“ rief er dem Kaufmann Diest zu.
 Garbisander trat neben ihn, während Dmochowski infolge der Aufforderung des Präsekten von den beiden Polizisten in die Mitte genommen und abgeführt wurde.
 Es drängte den jungen Schriftsteller, dem Präsekten seine Ansicht über den Studenten mitzuteilen; er hielt jedoch damit nach einiger Ueberlegung zurück; da er vorerst von Herrn Ludolin sich noch Näheres, Wesentliches berichten lassen wollte.

Die drei nebeneinander postierten Drehtüren, durch die man den Kassenraum der Rigauer Handels- und Gewerbebank betreten konnte, befanden sich in unaufhörlich rotierender Bewegung, und die Leute strömten in den geräumigen Saal, an dessen Rückwand im Halbrund die Schalter angebracht waren. Ein Biered saß neben dem anderen, in die spiegelglatte Marmorwand geschnitten, und nur in der Mitte durch die von ihr sanft ansteigende Freitreppe unterbrochen, deren Stufen aus Porphyrgestein gefertigt und überdies mit einem roten Plüschteppich bedeckt waren.

Während von der Saaldecke ein milchweißes, mildes Licht aus einer matten Glaskassette abwärts fiel, erstrahlte in jedem einzelnen der Kassenschalter auf dem Schreibtisch des Beamten eine freundlich-grüne Schirmlampe. Der Ausschnitt war mit einem bronzierten Gitter versehen, das nur oberhalb des Zahlstisches eine kleine Oeffnung frei ließ, die mittels Schiebefeinsters verschlossen werden konnte. Im Hintergrund kommunizierten die Schalter natürlich, und dort gab es, für den sichtbar, der gerade vor dem Gitter stand, ein Hin und Her, ein emsig-geschäftiges Getriebe, ein Durcheinander von Dienstwilligkeit und Bestissenheit.

Ueber diesem Treiben schwang ein Summen und Surren, das, obwohl es zweifellos aus zahllosen, halbblaut gemurmelten und erregt gesprochenen Worten und Sätzen gebildet war, durchaus nicht einem aus menschlichen Stimmen bestehenden Chor, sondern weit eher dem dunkel-charakteristischen, dröhnenden Gesang ähnelte, der in Maschinenhäusern, in Fabrikbetrieben über den rasstos laufenden Rädern und Treibriemen anzutreffen ist.

Immer neue Leute betraten den Saal; die Bescheid wußten, eilten an den Schalter, der gerade nicht übermäßig belagert war, stellten sich, wenn es nicht anders ging, in Reih und Glied an, um geduldig zu warten, bis sie vorge lassen würden, andere, die hier fremd waren, die den Kassenraum zum erstenmal betraten, nahmen die Gefälligkeit des bärtigen Portiers im Treppenrock in Anspruch, der, hoch wie eine Säule, unweit der Drehtüren Posto gefaßt hatte, und der die Fragen, um Auskunft Heischenden, dorthin wies, wohin sie zu gelangen wünschten, der den Verkehr in diesem Raum regelte, ihn in die abzuwehenden Adern leitete, der den Hauptstrom die Treppe empor schickte und die vielen, seinen Nebenläufe an die einzelnen Schalter dirigierte.

Diener, die durch die dunkelblaue Uniform, die flache Schirmkappe und nicht zuletzt durch die am Riemen getragene breite Ledertasche kenntlich gemacht wurden, kamen und gingen.

Plötzlich erscholl anhaltendes Klingeln, das weithin hörbar war und nicht zur Ruhe kommen wollte. Die Mehrzahl der Anwesenden wußte, daß das Signal den Kassenschluß anstündigte. Die Uhr oberhalb der Drehtür zeigte, daß die dritte Stunde binnen weniger Minuten vollendet sein würde. War es so weit, wurden die Schiebefeinsters erbarmungslos herabgelassen. Darum war auch mit dem Augenblick, da das Klingeln eingeschlagen hatte, vor den einzelnen Schaltern ein arges Gedränge entstanden, da, wer am Ende einer langen Reihe stand, angstvoll den Uhrzeiger vorrücken sah, und damit rechnen mußte, unerrichteter Dinge abzuziehen. Die Kassierer arbeiteten fieberhaft, waren bestrebt, die Wartenden, soweit es möglich war, abzufertigen. Die Banknoten wurden von zauberhaft flink schwirrenden Fingern in Empfang genommen oder ausgehändigt.

Der Türhüter am Eingang hielt die neuerlich zuströmenden Leute ab und wies sie an, am nächsten Tag wiederkommen, da es heute schon zu spät geworden war und die Kasse unwillkürlich geschlossen werden mußte.

Das Schlingen der elektrischen Klingel hielt pausenlos an, wodurch die Nervosität des Publikums noch gesteigert wurde.

Jetzt tönten die Schläge der Uhr, dreimal weithin hallend, durch den Raum. Die Mehrzahl der Anwesenden war bereits abgefertigt; vor den Oeffnungen drängte sich ein kleiner Knäuel. Einer, ein stattlich-hochgewachsener Mann, der einen fastigen Mantel und einen breitrandigen schwarzen Hut trug, war ruhig in seiner Reihe stehengeblieben, ohne gleich den übrigen, die vor ihm standen, mitzudrängen und zu stoßen. Er schien der einzige Ruhevolle inmitten dieser jagenden Haft, und wartete, ohne sich zu erhitzen oder durch das Bimmeln der Signalglocke seinen Gleichmut zu verlieren. Er hielt zwei Banknoten in der Hand, schob sich langsam-geduldig um einen Schritt vorwärts, so oft ein Abgefertigter es zuließ, und erreichte schließlich den Schalterisch in dem Augenblick, als das Schiebefeinsters herabgelassen wurde, das, als es mit dem Holzrand auf die Marmorplatte aufstieg, einen kurzen, harten Klang gab.

Zugleich ertönte das Klingelgeräusch.

Der Kassenraum leerte sich, die Leute stuteten ab. Der Mann mit dem Rodmantel stand noch immer unbeweglich vor dem herabgelassenen Schiebefeinsters.

Der Kassierer, ein noch junger Mann, mit aus der Stirn gestricheltem blondhaar, der, den Bleistift in der Rechten, über seinen Tisch gebeugt stand, und eine auf einem langen Papierstreifen stehende Ziffernreihe zu addieren sich bemühte, hielt mehrmals in seiner Beschäftigung inne und warf einen Blick durch das Gitter auf den Zubringlichen.

(Fortsetzung folgt.)

Die alljährliche öffentliche Übung der Samariterkolonne Berlin fand Sonntag in den Nachmittagsstunden auf dem Tempelhofer Feld statt. Eine mit großem Interesse zusehende Menge umringte die dort aufgeschlagene Rettungsstelle, über deren Felsen die Fühenden mit dem roten A.S.B. Mottos. Das Gesundheitsamt der Stadt Berlin hatte einen Vertreter entsandt. Er dürfte sich überzeugen haben, daß die Leistungen der durch Ärzte in halbjährigen Unterrichtskursen sachgemäß als Samariter ausgebildeten Männer und Frauen alle Anerkennung verdienen.

Die Übung begann mit einem Alarm aus Anlaß eines fingierten „Eisenbahnzusammenstoßes“, der erste Hilfe für die „Verwundeten“ erforderte. Im Lausfritt eilten die Samariter mit Krankentragen und Verbandmaterial zur Unfallstelle, Nadeln floßen ihnen voraus. Nach an der Unfallstelle erhielten die Verwundeten kunstgerechte Noiverbände, und dann wurden sie zur Rettungsstelle geschafft, durch Begleiter unterstützt oder auf Tragen liegend oder auch auf den Armen getragen. Die Schwerverletzten wurden in einem Auto (das von dem städtischen Krankentransportwesen hergelassen war) sofort einem Krankenhaus zugeführt. Eine Filmgesellschaft ließ die wichtigsten Vorgänge aufnehmen, um einen für den A.S.B. wertvollen Propagandafilm zusammenzustellen. Rettungsarbeiten bei einem „Hausbrand“ lagen im zweiten Teil der Übung. Die Samariter benutzten dazu einen Rohbau der auf dem Tempelhofer Feld entstehenden Kleinhausiedlung. Um die für den Film notwendige „Naturtreue“ vorzutäuschen, wurde in einer Wohnung des Erdgeschosses aus Papier und Wappe ein tüchtig qualmender „Brand“ entfacht. Da ein paar Feuerwehreteile mitwirkten, so war für die vorgeschriebene Erlaubnis und Ueberwachung gesorgt. Mit Taschentüchern vor dem Mund drangen die Samariter in das „brennende“ Haus ein, tappen in gebückter Haltung und fast kriechend die verqualmte Treppe hinauf und holten aus dem oberen Stockwerk die gefährdeten Bewohner heraus. Die meisten konnten noch über die Treppe gerettet werden, wobei manche „bewußtlos“ hinausgetragen werden mußten, einige aber ließ man kurz entschlossen an Wochleinen zu den Fenstern hinaus. Die durch Brandwunden Verletzten oder an Rauchvergiftung Erkrankten wurden zur Rettungsstelle geschafft. In Benutzung wurden die Wiederbelebungsvorrichtungen gemacht. Auch der Sauerstoffapparat wurde angewendet. Schließlich zeigte die Kolonne nach, wie bei einem durch Straßenaufschau verursachten Massenunfall der zufällig anwesende Samariter eingreift. Er benutzt zu Verbänden, was er gerade bei sich hat. Das Taschentuch ist gewiß kein ideales Verbandmaterial, aber nächstliegender Notbehelf. Bei der Übung nahm ein Samariter einem Zuschauer den Spazierstock ab, um ihn als Stütze für ein gedrohenes Bein zu verwenden.

Nach jeder Übung wurden durch die Ärzte Dr. Ursberg und Dr. Wessing in einer Kritik die angelegten Noiverbände und die sonstige geleisteten Hilfen begutachtet. Dr. Ursberg betonte in einleitendem Vortrag die Wichtigkeit gerade der ersten Hilfe und die Notwendigkeit einer in der Bevölkerung möglichst verbreiteten Kenntnis des Erforderlichen. Die Arbeiter-Samariterkolonne Berlin leidet mehr als je an Geldknappheit, aber noch jetzt bildet sie jährlich etwa 1200 Samariter aus. Eine Schlussansprache des Vorsitzenden Zieger erinnerte daran, wie vor 34 Jahren die Kolonne zu dem Zweck gegründet wurde, bei Veranstaltungen der Arbeiterklasse die etwa nötige Hilfe zu leisten, die das „Rote Kreuz“ vermissen ließ.

Wenn man Brillanten hat.

Sommerabenteuer einer Großkauffrau in Grunewald.

Die Abenteuer, die eine Dame im Sommer v. J. im Grunewald erlebte, haben vor einigen Monaten bereits einmal das Schwurgericht beschäftigt und bilden wiederum den Gegenstand einer für den 29. d. M. angelegten Schwurgerichtsverhandlung.

Zwei miteinander befreundete junge Leute aus guten Familien, der Kunstschneider Paul Fischer und der Assistenzarzt Herbert Schönlich, lernten in einem hiesigen Luxushotel unter den Linden die aus einer reichen Bremer Großkauffrau stammende Frau Grete D. kennen. Schönlich führte sie, als er mit ihr näher bekannt geworden war, in verschiedene elegante Lokale und unternahm auch Ausflüge in die Umgebung Berlins. Frau D., die schon eines Tages eine mit Saphiren besetzte kostbare Platinnadel vermisste, hatte zu den beiden Freunden das vollste Vertrauen. Eine Partie nach dem Grunewald brachte die Gelegenheit zur Ausführung eines von den beiden Freunden lange geplanten Raubüberfalls. Auf einem einsamen Waldwege begegnete Fischer „zufällig“, d. h. nach Verabredung, Frau Grete und ihren Begleiter Schönlich und erludte ihn um Feuer. Im Gespräch kam es zu einem verabredeten Wortwechsel, der damit endete, daß Fischer den Arzt durch einen theatralischen Faustschlag zu Boden warf. Dieser blieb anschließend bewußtlos liegen. Fischer verlangte dann von der verängstigten Dame Geld und Schmuckstücke, indem er ihr eine Pistole drohend an die Stirn hielt. Frau D. gab ihm ihre kostbaren Ringe und die Broche, mit denen Fischer verschwand. Befragt um den anscheinend noch immer unter den Wirkungen des Schlags stehenden Arzt, brachte Frau D. den Schönlich im Auto nach ihrem Hotel, aus dem auch er dann verschwand. Fischer erhielt von dem Erlös der verkauften Schmuckstücke einen Tausendmarktschein ab, wurde aber festgenommen und ist bereits wegen Raubes verurteilt worden. Schönlich, dessen Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Frey übernommen hat, wurde jetzt im besetzten Gebiet verhaftet und nach Berlin transportiert, um als Haupttäter die ungewöhnlich dreiste Tat zu sühnen.

„Für die Zarenfamilie und Rußland“.

Der Prozeß um den erschossenen Russen Nabolow.

Zu dem auf den 3. Juli und folgende Tage vor dem Schwurgericht des Landgerichts I angelegten Hauptverhandlungstermin in Sachen des am 28. März in der Bühlarmonie begangenen Russenattentats sind 35 Zeugen und Sachverständige geladen. Angeklagt sind zwei ehemalige russische Offiziere: der Schriftsteller Peter von Schabetski-Bork und der Seher Sergius Taborikly, beide aus München hierhergekommen. Sie werden von den Rechtsanwältin Grünspach und Dr. Sack verteidigt werden, während K. A. Wolfgang Heine Vertreter der bei der blutigen Affäre verletzten Personen ist.

Der Angeklagte von Schabetski ist des versuchten Mordes und der Körperverletzung beschuldigt, Taborikly hat sich wegen Beihilfe zum Mordverlaß und wegen vorsätzlicher Tötung des Chefredakteurs Wladimir Nabolow und wegen Körperverletzung mehrerer Personen zu verantworten. — Beide eng befreundete Angeklagte haben während des Krieges als Offiziere dem Kavallerieregiment der kaukasischen Division angehört. Nach der russischen Revolution im Jahre 1917 sind sie aus der Armee ausgeschieden; sie beteiligten sich dann an gegenrevolutionären Bestrebungen, wurden von den Bolschewisten verfolgt und flüchteten nach Berlin. Beide waren geschworene Feinde der Sowjetregierung und propagierten die Wiederaufrichtung des Zarentums. Ihren besonderen Haß richteten sie auf die ehemaligen Minister Gutshok und Miljutow, denen sie die Hauptschuld an den russischen Umwälzungen aufbürdeten. Am 28. März war hier in der Bühlarmonie ein Vortrag Miljutows angekündigt. Als die beiden Angeklagten die Ankündigung in den Zeitungen lasen, fuhren sie schlunzig von München nach Berlin, in der Absicht, Miljutow zu töten. Sie besuchten die Versammlung und es kam nach Beendigung des Vortrages zu der bekannten Schießerei und Schlägerei, bei welcher auf Miljutow mehrere Schüsse abgegeben wurden, die aber ihr Ziel verfehlten, während Nabolow, der Schabetski festhielt, durch drei

Schüsse getötet wurde. Die tödlichen Schüsse sollen aus der Pistole Taboriklys abgefeuert worden sein. Während Schabetski zugibt, unter dem Rufe: „Für die Zarenfamilie und Rußland!“ die Schüsse auf Miljutow abgegeben und zur Befreiung seines Genossen in den Zuscherraum hineingeschossen zu haben, bestritt Taborikly, geschossen und überhaupt eine Schußwaffe bei sich geführt zu haben. — Für die Verhandlung sind 5 Tage angelegt.

Ein „Christlicher“ verteidigt sich!

Zu unserer Mitteilung (in Nr. 290) über „Christlich-unpolitische Verbearbeit“ an der Berliner 181. Gemeindefschule in der Pufendorfstraße sendet uns der darin erwähnte Lehrer Döhler eine Zuschrift. Herr Döhler hatte durch beistatographierte Zettel mit dem Alarmruf „der Religionsunterricht ist in Gefahr!“ die „Christlich gesinnten Eltern“ zum Besuch einer Versammlung ermuntert, die von dem nur aus den Antipartien sich zusammenschließenden neuen Elternrat einberufen worden war. Die mit der Unterschrift „A. Döhler“ versehenen Zettel wurden durch Mitglieder des Lehrerkollegiums der 181. Schule, an der auch Herr Döhler selber amtiert, an die Schulkinder verteilt, damit sie so in die Hände der Eltern gelangten. Herr Döhler hat, wie er uns meldet, die Zettel gleichfalls verteilt, aber außerhalb der Schulklassen auf der Straße, nicht als Lehrer der 181. Schule, sondern als Vater seines diese Schule besuchenden Sohnes. Wir verstehen nicht, wozu Herr Döhler uns dies erzählt, während er seine den Zetteln hinzugefügte Unterschrift nicht bestritten kann. Daß er sich auch an der Verteilung der Zettel beteiligt habe, wurde ja im „Vorwärts“ gar nicht gesagt, und wir erfahren das erst jetzt von ihm selber. In seiner Zuschrift vermissen wir übrigens eine Angabe darüber, ob er die Zettel auf der Straße an heimgehende Schüler der 181. Schule verteilt hat, wie andere Mitglieder des Lehrerkollegiums das auf dem Schulgrundstück selber getan haben, oder ob er sie etwa nur den vorüberkommenden Erwachsenen in die Hände gedrückt hat. Unbestritten bleibt, daß Mitglieder des Lehrerkollegiums durch sozusagen offizielle Mitwirkung sich als Helfer hergeben und dabei die Kinder derselben Eltern benützt haben, gegen die das auf Beeinträchtigung des Versammlungserfolges abzielende Vorgehen sich richtete.

Was eine Telephonistin leistet.

In Groß-Berlin arbeiten mehr als 70 Fernsprechvermittlungsstellen, die Zahl der Teilnehmeranschlüsse beträgt 151 595. Da täglich 1863 617 Gespräche vermittelt werden (Jahresdurchschnitt von 1921), so ergibt sich daraus, daß jeder Apparat im Mittel zwölfmal pro Tag benützt wird. Der Verkehr drängt sich nun aber erfahrungsgemäß in der Hauptsache auf ungefähr zehn Tagesstunden zusammen; dadurch ist jeder Anschluß alle 45 bis 50 Minuten einmal in Benutzung. Unter den günstigen Umständen, in den neuesten, modern eingerichteten Kammern, bedient eine Beamtin rund 100 Anschlüsse. Durch einfache Berechnung ergibt sich, daß sie also etwa jede halbe Minute eine Verbindung auszuführen hat. Gehören zu den Teilnehmern aber vorwiegend Geschäftshäuser, was ja in allen Innengebieten der Fall ist, dann kann die Beanspruchung noch erheblich höher sein.

Was das an Aufmerksamkeit, Selbstbeherrschung und Nervenanspannung während der Dienststunden bedeutet, das kann nur der ermesen, der selbst viel zu telephonieren gezwungen ist. Dem die Nerven so leicht vertragen, daß er glaubt schon wegen einer falsch verstandenen — vielleicht unendlich gesprochenen — Ziffer ungehalten sein zu dürfen, der sollte sich doch erst einmal die Leistung einer Fernsprechvermittlungsbearbeiterin in sieben Arbeitsstunden gegenwärtigen.

Der wilde Kohlenhandel.

In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, in denen Verbraucher im Schleichwege unter Ueberschreitung der Höchstpreise marktfrei Steinkohlen und Breitlets kaufen. Die Abnahme von Steinkohlen und Breitlets darf nach wie vor nur unter Abtrennung der Kohlenmarkten erfolgen, jeder andere Kauf und Verkauf der genannten Brennstoffe ist strafbar. Das Kohlenamt Berlin schreitet auf Grund der Verordnung über die Kohlenverteilung vom 30. März 1921 in allen Fällen, die der Behörde zur Kenntnis gelangen, rücksichtslos gegen Käufer und Verkäufer ein und übermittelte diese gegebenenfalls der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung. Im Hinblick auf die große Anzahl solcher schwebenden Verfahren sieht sich das Kohlenamt Berlin veranlaßt, die Bevölkerung öffentlich zu warnen, Kohlen im Schleichwege zu kaufen. In vielen Fällen hat sich auch herausgestellt, daß die Kunden bei solchen strafbaren Käufen kaum die Hälfte der Gesamtmenge der bezahlten Kohlen erhalten haben. Das Kohlenamt Berlin hat in letzter Zeit eine verschärfte Strafen- und Handhabungskontrolle eingeführt, und außerdem den Polizeipräsidenten ersucht, die Lußenbeamten der Polizei anzuweisen, das Kohlenamt bei seinen Feststellungen gegenüber den wilden Kohlenhändlern zu unterstützen.

An die republikanische Jugend Berlins!

Die republikanische Jugend Berlins beteiligt sich am Dienstag nachmittags geschlossen an der Kundgebung der republikanischen Parteien gegen den nationalstiftischen Reuchelmann und für die Republik im Lustgarten.

Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich am Reptun-Brunnen, gegenüber des Marstalls, zu versammeln. Es werden sprechen: Genosse Erich Dillenbauer vom Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin und Ernst Lemmer von der deutschdemokratischen Jugend.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin. Deutschdemokratische Jugendvereingung Groß-Berlin. Jungsozialistische Vereinigung der SPD. Groß-Berlin.

Streichhölzer.

Nachdem vor einiger Zeit die Streichhölzer überaus knapp waren und kurz darauf dann wesentlich in den Preisen stiegen, sind jetzt wieder Streichhölzer in ausreichender Menge erhältlich. Bezeichnenderweise befinden sich unter den im Einzelhandel angebotenen Streichhölzern auch größere Bestände von Auslandszündhölzern, die zum Preise von 1,50 M. je Schachtel und auch mehr zum Verkauf feilgehalten werden. Diese Auslandszündhölzer, unter denen sicher auch manches gute Fabrikat sein mag, scheinen einen doppelten Zweck erfüllen zu sollen. Einmal geht durch diese Hölzchen Deutsches Geld ins Ausland, andererseits stellen sie auch die Geduld der Käufer auf eine harte Probe: Die Hölzer taugen jedenfalls nicht zum Feueranmachen und sind im wahren Sinne des Wortes „Sicherheitszündhölzer“. Als eine ganz besonders empfehlenswerte Sorte in dieser Hinsicht seien die Streichhölzer mit der Aufschrift „Fisher-Matches without sulphur without phosphor“ hervorgehoben, d. h. der Kopf ist ordnungsmäßig da und zündet, doch brennt das Holz nicht.

Die Beisehung der Opfer des Abare.

Der letzte Akt der schweren Schiffskatastrophe im Hamburger Hafen begann gestern mit der Beisehung der ersten Opfer auf dem Ohlsdorfer Friedhof. In der Leichenhalle der zehnten Kapelle waren fünfzehn Tote in gleichmäßigen einfachen schwarzen Särgen aufgebahrt. Eine große Anzahl Kränze bedeckte die Särge. Die Beisehung erfolgte in einem Massengrab, das alle Opfer des Schiffsunglücks aufnehmen soll. Am Montag erfolgt die Beerdigung acht weiterer Opfer brasilianischer Nationalität. In der Nähe des Koore-Brucks hat man gestern zwei weitere Leichen geborgen. Damit erhöht sich die Zahl der bisher aufgefundenen Leichen auf 21.

SPD-Golgerbeiter. Die Angeklagte Versammlung (A) wegen des Generalstreiks aus.

Die Pachtshufordnung.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde das Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelgesetzes bis zum 31. März 1923, das Kündigungsschutzgesetz für Schwerbeschädigte bis zum 1. Januar 1923 und das Gesetz zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren in allen drei Lesungen in der Ausschusssitzung angenommen. — Es folgt der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Pachtshufverordnung. Der Entwurf fußt auf Vereinbarungen der Regierung mit Interessentenverbänden und dient in erster Linie dem Schutz der Kleinpächter. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß das Deputatland bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres dem landwirtschaftlichen Arbeiter zur vollen Ruheziehung verbleibt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stimmt der Ausschussschluß zu.

Abg. Dr. David (Soz.):

Die Siedungsgefehrgebung hat große politische Bedeutung, besonders im Rheinland. In Erkenntnis der sozialen Notwendigkeit hat die Reichsregierung die Grenze für den Pachtshuf wesentlich erweitert, und zwar auf 10 Hektar fest. Man glaubt mit dieser Grenze auszureichen; denn ein Land von 10 Hektar kann und muß für eine Bauernfamilie und für ihre Versorgung ausreichend sein, so daß sie keiner weiteren fremden Arbeitskraft bedarf. In Betracht gezogen werden müssen insbesondere dabei die Bodenverhältnisse, die nicht überall die gleichen sind. Aber man glaubt durch diese Grenze von 10 Hektar im großen und ganzen den sozialen Erfordernissen gerecht geworden zu sein. Wir hoffen, daß die im Ausschuss festgesetzte

Grenze von 10 Hektar

auch vom Plenum angenommen wird. Den Antrag auf Herabsetzung der Grenze auf 7,5 Hektar bitten wir abzulehnen. Der geringere Geldwert muß bei dieser Verordnung berücksichtigt werden. Er ist allerdings nicht der ausschlaggebende Faktor. Die vorliegende Pachtshufordnung bedeutet gegenüber der früheren einen großen Fortschritt. Sie greift auf das tiefste in das Verhältnis der armen Leute auf dem Lande ein. Man hat im Ausschuss lange über die Frage der Rechtsmittelinanz verhandelt. Man wollte eine Berufungsinstanz einführen. Wir haben uns dagegen gewandt, weil eine solche Berufungsinstanz nur dem wirtschaftlich Stärkeren Nutzen bringt. Er hat das Geld und findet auch die geeigneten Juristen dazu. Eine solche Berufungsinstanz wird aus dem vom Pachtshufamt gefällten Urteil ein Klassenjustizurteil machen. Leider sind wir mit unserer Ansicht nicht durchgedrungen. Einem Kompromißantrag zufolge wurde doch die Berufungsinstanz eingeführt, allerdings mit der Kautel, daß sie nur in Ausnahmefällen zur Nachprüfung der bereits gefällten Urteile zulässig sein soll. In dem bevorstehenden Reichspachtshufgesetz wird noch vieles andere geregelt werden müssen. Insbesondere wird dieses Gesetz Ausführungsbestimmungen des Artikels 165 der Reichsverfassung enthalten müssen, um das nach der Verfassung gewährleistete

Oberhofrechtsrecht der Gesamtheit

über den Grund und Boden praktisch durchzuführen. Besonders kinderreichen Familien sollen gesunde, freundliche und lichte Wohnungen dadurch gegeben werden. Man hat durch Siedlung und Heimstättengründung bisher versucht, der Wohnungsnot zu steuern. Auch das neue Pachtshufgesetz muß diesem sozialen Elend abzuwehren suchen. — Nach weiteren Ausführungen der Abg. Hagemann (Z.), Horn (U. Soz.) und Rorell (Dem.) erklärt Abg. Bildemeister (DZP.), daß seine Partei gegen die Grenze von 10 Hektar sei, aber für 7 1/2 Hektar stimmen werde.

Abg. Hendemann (Komm.) erklärt, das Gesetz franke daran, daß die Ausführung den Ländern überlassen bleibe.

Abg. Jäder (Soz.) wendet sich gegen die häufige pöbliche Entlassung von Deputatarbeitern aus geringfügigen Gründen und begehrt seinen Antrag auf Ueberlassung der Ruheziehung des Deputatlandes bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres. In der Grenze von 10 Hektar hält die sozialistische Partei unbedingt fest.

Der demokratische Antrag, die Grenze auf 7 1/2 Hektar herabzusetzen, wird zurückgezogen, vom Abg. Bildemeister (DZP.) aber wieder aufgenommen und dann gegen die Stimmen der Rechten und einzelner Zentrumsabgeordneter sowie der Bayerischen Volkspartei abgelehnt. Der Antrag Jäder (Soz.) wird gleichfalls abgelehnt. Vom Abg. Bildemeister (DZP.) wird verlangt, daß die Vereinbarung von Schiedsgerichten zulässig sein soll. Dieser Antrag wird mit 126 Stimmen der Rechten gegen 116 Stimmen der Linken und der Demokraten angenommen. Das Gesetz wird darauf in dritter Lesung mit der einen in zweiter Lesung vorgenommenen Aenderung einstimmig angenommen.

Das Haus vertagt sich. Der Präsident erhält die Ermächtigung, die nächste Sitzung und ihre Tagesordnung festzusetzen. Schluß 4 1/2 Uhr.

In der Abend Sitzung erlegte der Reichstag in allen drei Lesungen den Entwurf eines Gesetzes betr. die Vereinbarungen der deutschen Regierung und der polnischen Regierung mit der Interalliierten Regierungs-Kommission für Oberschlesien über gewisse Fragen der Rechtsüberleitung im oberschlesischen Abstimmungsgebiet.

Hierauf vertagte der Präsident die Sitzung auf Mittwoch mittags 1 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen 13 Punkte, u. a. erste Beratung des Nachtragsetats zum Reichshaushalt usw.

Jeder Republikaner,

dem es ernst ist mit der Verteidigung der republikanischen Staatsform, sorgt dafür, daß die republikanische Presse verbreitet wird.

Als Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei ist der

„Vorwärts“

der Bannerträger des republikanischen Gedankens in Deutschland. Darum werbt neue Leser für ihn!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenst. — Tr. links — rechts

bei _____

Mußfall der außerordentlichen Stadtvollversammlung. Nach einer Mitteilung des Stadtvollversammlungsvorstandes Dr. Caspari fällt die für Dienstag angelegte außerordentliche Sitzung der Stadtvollversammlung wegen der Beisprechung des verstorbenen Reichsministers Dr. Rathenau aus. In der nächsten Woche sollen dafür drei Sitzungen stattfinden, und zwar am Montag, Dienstag und Donnerstag.

Studentische Trauer um Rathenau. Die flehigen Verbindungen im R. C. (Verbindungen der deutschen Studenten jüdischen Glaubens) Sprevia und Lineta haben beschlossen, zum Zeichen der Trauer um Rathenau, der als jüdischer Deutscher von Völkerverband gefallen ist, für 14 Tage Trauer anzulegen und an den Beerdigungs- und Trauerfeierlichkeiten korporativ teilzunehmen.

Deutscher Paritätischer Studentenbund. Am Mittwoch, den 28. Juni, abends 8 Uhr, spricht im Hörsaal 70 der Universität ein hervorragendes Mitglied der englischen Quäkermission über „Quäkertum und Pazifismus“. Gäste willkommen.

Die Deputation für Bildung und Schulwesen des Bezirksamtes Friedrichshagen verlegt ihr für Dienstag, den 27. Juni, angeordnetes Stenogramm über die Ersetzung von Diensthilfen auf Dienstag, den 4. Juli. Die Unterrichtsämter behalten ihre Gültigkeit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Dienstag, den 27. Juni:

Alle für heute, Dienstag, einberufenen Versammlungen fallen wegen der Demonstration aus.

Die Abteilungsleiter der Partei der Jungerberliner Kreise sind rechtzeitig zu zwei Uhr nach der Weiden Straße, sie sehen der Demonstration vor.

Treffpunkt für diejenigen, die nicht von den Betrieben aus zum Aufgange gehen:

1. Kreis. 2 Uhr Restaurant Dorotheum, Schweinländer Straße, und Bürgerheim, Alte Schönhauser Straße.
2. Kreis. Treffpunkt 1 1/2 Uhr Kettlerstraße.
3. Kreis. 1 1/2 Uhr im Garten der Brunnen Wägen, Französer Berg. Bahnen und Verbindungen miteinigen.
4. Kreis. 1 1/2 Uhr Weberstraße.
5. Kreis. 1 1/2 Uhr Kottbuser Tor.
6. Kreis. 1 Uhr am Knie, Amorsich um 1 1/2 Uhr durch Hardenbergstraße, Hakenstraße, Wilhelmstraße, Götterstraße.
7. Kreis. Amorsich Punkt 1 1/2 Uhr von der Hakenstraße, Ecke Wilhelmstraße.
8. Kreis. Amorsich, am Übergang zum Wasserbehälter.
9. Kreis. Amorsich Punkt 1 1/2 Uhr am alten Rathaus.
10. Kreis. 1 Uhr Amorsich vom Hauptplatz, Hakenstraße, Götterstraße.
11. Kreis. 1 1/2 Uhr Amorsich Tempelhof dort Anlauf an die von Tempelhof abmarschierenden Betrieben.
12. Kreis. 1 Uhr Kaiser-Friedrich-Straße am Hermannplatz.
13. Kreis. 1 Uhr Bahnhof Treptow, Bahnübergang am „Neuen Gesellschaften“.
14. Kreis. Die Genossen gehen von ihrem Wohnort direkt zum Aufgange.
15. Kreis. 1 Uhr Bahnhof Französer Wägen.
16. Kreis. 1 Uhr Weiden, Antonplatz.
17. Kreis. 1 1/2 Uhr Panitzsch (Ritze), Amorsich 1 Uhr.
18. Kreis. Streik-Vorbereitung. Mittwoch, den 28. Juni, 8 Uhr, öffentliche Versammlung in der Oberrealschule Wilhelmstr. 4 in Götterstr. Referent Heinrich Strödel. Thema: „Gegen den politischen Neuchâteau“.

Morgen, Mittwoch, den 28. Juni:

1. Kreis. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Selegel, Adlerstr. 1; Aufseher, Am Nischen 10; Witz, Fochstraße; — Hotel, Schwärze- und Rehaussant-Geheißer, Bernauerstr. 14; 69 Uhr, bei Umklo, Wiesler, Ecke Wegenerstraße; 70 Uhr, bei Pieper, Heilmannstr. 69; 71 Uhr, bei Jensch, Durlacher Str. 8; 72 Uhr, bei Kolthoff, Heideberger Weg 1.
2. Kreis. Elternbeirat Mittwoch, den 28. Juni, 8 Uhr, Treffpunkt im Seitenhof der Schule Markstr. 1021.

14. Abt. Nachabend 7 Uhr in den bekannten Lokalen.
15. Abt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Nachabend sämtlicher Bezirke in der Schulstraße Bernauer Str. 90/91. Thema: „Das Reichsmittelgesetz und die Wohnungsbaugesetze“. Referent Genosse Winter.
17. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend bei Witzel, Dose und Ullricher.
18. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend im Lokal Gotisches Hochheim, Panitzsch.
21. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in den bekannten Lokalen.
25. Abt. Die Bezirksnachabende fallen in diesem Monat aus. Zwei Abendstunden sind noch abzuhalten.
28. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend. Bezirke 237, 238/239 bei Kilmann, Kottb. Str. 240, 241, 242 bei Borchardt, Weiden Str. 19; Bezirke 243a, 243b bei Busch, Schönhauser Wägen 154; Bezirke 244, 245 bei Meyer, Oberberger Straße 39.
31. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend bei Jülich, Seelower Str. 18; bei Reizner, Schönebergstr. 24 und bei Gohlschmidt, Götterstr. 69.
37. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Bezirke Paris und Friedrich bei Ritzel, Oberstr. 61; Bezirk Köpcke bei Beck, Tharstr. 32; Bezirk Rauter bei Weidlich, Heidenstraße 20.
39. Abt. 8 Uhr Abrechnung der Bezirksleiter in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 8.
- 40.—41. Abt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Nachabend in den Victoria-Alten, Weidenstr. 22. Thema: „Genau“. Referent Victor Schiff.
43. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in den bekannten Lokalen.
45. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Studenberg, Mogauer Straße 18; Woll, Forster Str. 44; Hebestreit, Reichenberger Str. 128. Die Genossen der Gruppe Kaufher Platz, Wiener, Eulicher, Kaufher Straße tags bei Woll und Hebestreit.
47. Abt. 7 1/2 Uhr Nachabend in folgenden Lokalen: Korarius, Adalbertstr. 19; Krampe, Mariannenplatz 22; Brandt, Rosauer Str. 1.
48. Abt. 7 1/2 Uhr bei Götter, Böttcherstr. 68, gemeinsamer Nachabend für sämtliche Bezirke. Die Bezirksleiter werden gebeten, einzuladen.
51. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Abteilungsverammlung bei Scheibach, Königin-Liobastr. 4. Thema: „Das Reichsmittelgesetz“. Referent F. G. G. G.
53. Abt. Hakenstraße. 8 Uhr öffentliche Versammlung. Thema: „Das Reichsmittelgesetz“. Referent Ministerialrat Hans Krüger.
114. Abt. Hakenstraße. 7 1/2 Uhr Nachabend. 1.—4. Gruppe bei Heilmann, Wägen Str. 15; 2. Gruppe bei Schwerzer, Götter-Weidenstr. 17; 4. Gruppe bei Schulz, Götterstr. 19.
131. Abt. Heideberger Weg. 8 Uhr bei Kilmann, am Friesenloch, gemeinsamer Nachabend sämtlicher Bezirke. Thema: „Die politischen Ereignisse“.

Frauenveranstaltungen:

50. Abt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Stein, Pottauer Str. 85. Thema: „Jugendpflege und Jugendfürsorge“. Referent Robert Dreier.
51. Abt. Weidenstr. 7 1/2 Uhr bei Wägen, Wägenstr. 23. Thema: „Heinrich Heine“. Referent Dr. Schiller.
59. Abt. Weidenstr. 7 1/2 Uhr in der Schule Sonnemannstraße. Thema: „Die Beziehung der Frau zum Sozialismus“. Referent Friedrich Geffert.

Sozialdemokratischer Männerchor „Falkisches Tor“. Die Gesangsbrüder treffen sich Dienstag Mittag 1 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstraße 8.

Kaufmannschaft Berlin und Umgebung. Die Kaufmannschaft nimmt morgen Teil an der Demonstration. Die Verkaufsstellen werden um 12 Uhr mittags geschlossen. Wir bitten unsere Mitglieder, ihren Bedarf rechtzeitig zu bedenken.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 27. Juni:

Jugendgruppen, beteiligt für Samstag abend an der heutigen Kundgebung im Aufgange. Treffpunkt für sämtliche Jugendlichen in der Bogas-Brannen, gegenüber Weiden Straße.

Sport.

Kennnen zu Stralendorf am Montag, den 26. Juni.

1. Rennen. 1. Remonto (Schneider), 2. Lamber (Eich), 3. Nandern (Wes). Tot.: 15:10, Pl.: 12, 14:10. Ferner liefen: Wallpohl III, Tavalh.
2. Rennen. 1. Klaffler (Gordler), 2. Kappelhof (Wismar), 3. Reichshaus (Klede). Tot.: 15:10, Pl.: 12, 15, 21:10. Ferner liefen: Sinnig, Adolar, Karma II, Schwannstr. (ref.), Vanje (angeh.).
3. Rennen. 1. Röhler (Wismar), 2. Kamalof (Hakenberger), 3. Sperling (Kulies). Tot.: 67:10, Pl.: 17, 14, 22:10. Ferner liefen: Tempelkeller, Saarfels, Volo, Schade (H. geb.), Smaragd, Mittenstein, Eiga, Friedenshonne, Grandiolo, Fohlsch.
4. Rennen. 1. Radom (Wider), 2. Balafeta (Kulies), 3. Top Tmg (Thellen). Tot.: 20:10, Pl.: 12, 12:10. Ferner liefen: Irrfahrt, Witalat.
5. Rennen. 1. Welcome Blü (Kardel), 2. Melker (Wote), 3. Diamant (Wismar). Tot.: 32:10, Pl.: 10, 20, 15:10. Ferner liefen: Woffary (Wismar), Verbl. Carolus (angeh.), Ralofka, G. Barbe, Jarstale, Gebalind, W. p. l. (angeh.), Rürchenlee (gef.), Tracht, Wilde Hofe.

6. Rennen. 1. Symbol (Wote), 2. Jula (Wismar), 3. Wismar (Wismar). Tot.: 41:10, Pl.: 26, 25:10. Ferner liefen: Alade Kothart (angeh.).
7. Rennen. 1. Sieg (Kardel), 2. Schwendler (Wismar), 3. Ball (Wote). Tot.: 22:10, Pl.: 15, 19:10. Ferner liefen: Ferdinand, Werfburg, Seinfel.

Kurzweilige Kämpfe im Stadion. Die Resultate im Schach, Fußball, Tennis, Tischtennis, Schach und Tennis sind folgende: Schach: 1. Oberholz, 2. Eislauerband gegen Verein für Körperübungen Königsberg 7:4; Berliner Stadtmannschaft gegen Kaufm. T. W. Tondern 8:4; St. Bonifatius Köln gegen Ewang. Jugendverein Eitelshof 6:3; Westf. Hochschule für Leibniz gegen M. T. W. Köln 6:3; Kaufm. T. W. Tondern gegen St. Bonifatius Köln 6:4; T. W. Tondern gegen Oberholz, Spiel- und Eislauerband 6:7; Berl. Stadtmannschaft gegen M. T. W. Tondern 7:4; 20. Berliner Jungen gegen St. Bonifatius Köln 7:5. — Fußball der Männer: Berl. Turnerschaft gegen Oberholz, Spiel- und Eislauerband 2:3; Verein Licht- und Luftbad Frankfurt a. M. gegen Eitelshof 4:18; Berl. Turnerschaft gegen Deutsche Jugendkraft, Abt. Charlottenburg 4:3; Turnklub Hannover gegen T. W. Tondern 10:3. — Frauen: Kaufm. Turnerschaft gegen Damen T. W. Tondern 10:3. — Tennis: Kaufm. Turnerschaft gegen Oberholz, Spiel- und Eislauerband 1:2; Kaufm. Turnerschaft gegen M. T. W. Tondern 1:2. — Tischtennis: Kaufm. Turnerschaft gegen M. T. W. Tondern 7:6.

Reichstagskämpfe der Männer: Ref. Feilich (Wismar) und M. Gebhart (Frankfurt a. M.) je 76 Pkt. — Frauen: 1. Gebhart (Berl. Turnerschaft) 78 Pkt. — Pferd: 1. Schiller (Wismar) 75 Pkt. — Reitsport der Frauen: 1. Maria, Fuchsbau (Schm. Krutwin) 77 Pkt. — 3000-Meter der Männer: 1. Rode (T. W. Tondern) 20 Pkt. — 1000-Meter der Frauen: 1. Rode (T. W. Tondern) 20 Pkt. — 500-Meter der Frauen: 1. Rode (T. W. Tondern) 20 Pkt. — Die Handballmeisterschaft wurde zwischen dem Turn- und Sportverein Spandau sowie Pöhlendorfer Turn- und Sportverein gewonnen der Spandauer mit 3:0 entschieden.

Die nächsten Kaderrennen finden am Mittwoch, den 3. Juli, abends 7 1/2 Uhr, auf der Kaderrennbahn Treptow statt. Es fahren: Womow, Samal, Krulak, Weif.

Arbeitersport.

Um die ostdeutsche Fußballmeisterschaft.

Umsicht von leichtathletischen Wettkämpfen fand gestern im Zisterberger Stadion des Aufschwungspiels um die ostdeutsche Fußballmeisterschaft statt. Die Mannschaften von Forst und Brandenburg standen gegenüber und lieferten sich ein heißes, lautes Spiel. Beide spielten gleichwertig. Vor Halbzeit war Brandenburg etwas überlegen und nach der Pause — mit hartem Wind spielend — Fern. Das Spiel, das ganz verteilt war, wogte auf und ab. Der Ball im Feld war der Mittelstürmer Brandenburgs und der ganze linke Flügel. Bei Nacht überroge die Verteidigung. Kurz vor Halbzeit lösch der Mittelstürmer Brandenburgs das erste und einzige Tor des Tages. Mit 1:0 für Brandenburg trennten sich unter lebhaftem Applaus der zahlreich vertretenen Zuschauer die Mannschaften.

Wetter bis Mittwoch mittag: Ein wenig kühler, aber steigend bewölkt mit öfters fortwährenden Regenschauern bei ziemlich frischen westlichen Winden.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Deutscher Metallarbeiter-Verband (New Berlin)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Leitung der Arbeiter Paul Sommer Kaufher Straße 3 am 28. d. M. geschlossen ist.

Die Einbürgerung findet am Dienstag, den 27. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, im Krematorium Baumgartenweg, Rietzstraße, statt.

Am 28. d. M. nach unser Kollege, bez. Einrichter Friedr. Arendt Dudenberger Straße 24

Die Einbürgerung findet am Mittwoch, den 28. d. M., nachm. 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerdstraße, statt. Reg. Beteiligung wird erwartet.

Ferner nach am 19. Juni unser Kollege, bez. Dreher Wilhelm Gröckel Charlmer Straße 22

Eure ihrem Ansehen!

11/12 Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

C. 25, Hankestraße 4.

In Gemäßheit der Beschlüsse über Versicherungsricht und Grundzüge in der Krankenversicherung vom 9. Juni 1922, durch welche die Versicherungsregeln namentlich auf 72000.— M. festgesetzt ist, hat der Vorstand in seiner Sitzung vom 23. Juni 1922 die Grundzüge bis am 30. M. erhebt.

Mit Wirkung vom 2. Juli 1922 ab treten daher folgende Änderungen in Kraft:

In Stufe A gehören alle ohne Entgelt beschäftigten Beurling:

- in Stufe I gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt bis zu 6 M.
- in Stufe II gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 6.01—12 M.
- in Stufe III gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 12.01—18 M.
- in Stufe IV gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 18.01—24 M.
- in Stufe V gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 24.01—30 M.
- in Stufe VI gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 30.01—36 M.
- in Stufe VII gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 36.01—42 M.
- in Stufe VIII gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 42.01—48 M.
- in Stufe IX gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 48.01—54 M.
- in Stufe X gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 54.01—60 M.
- in Stufe XI gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 60.01—66 M.
- in Stufe XII gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 66.01—72 M.
- in Stufe XIII gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von 72.01—80 M.
- in Stufe XIV gehören Kaffeemittelglieder mit einem täglichen Entgelt von mehr als 80 M.

Weiterhin für je eine Kalenderwoche:

- a) bei 7 Arbeitstagen: in Stufe A 0.90 M., in Stufe I 2.34 M., in Stufe II 4.78 M., in Stufe III 7.22 M., in Stufe IV 9.66 M., in Stufe V 12.10 M., in Stufe VI 14.54 M., in Stufe VII 16.98 M., in Stufe VIII 19.42 M., in Stufe IX 21.86 M., in Stufe X 24.30 M., in Stufe XI 26.74 M., in Stufe XII 29.18 M., in Stufe XIII 31.62 M., b) bei 7 Arbeitstagen: in Stufe A 1.12 M., in Stufe I 2.78 M., in Stufe II 5.56 M., in Stufe III 8.34 M., in Stufe IV 11.12 M., in Stufe V 13.90 M., in Stufe VI 16.68 M., in Stufe VII 19.46 M., in Stufe VIII 22.24 M., in Stufe IX 25.02 M., in Stufe X 27.80 M., in Stufe XI 30.58 M., in Stufe XII 33.36 M., in Stufe XIII 36.14 M.

Die Beurlaubungen sind beurlauben worden und haben sich entsprechend erhöht.

Einer Genehmigung dieser Änderungen bedarf es weder vom Kaffeenausschuß noch vom Oberverwaltungsamt Berlin. Druckstücke der Änderungen können vom 29. Juni 1922 ab im Kaffeenausschuß in Empfang genommen werden.

1463b

Der Vorstand
H. Vogel, Vor. H. Freund, Schriftf.

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich.
d. echte Kapitän-Kautabak
nur mit Pfeifeleulose (Wollen, Schleifen, Etanzen, Twilt). Verkaufsstellen durch
Cari Röcker, Rügenberg-Str. 22 (Ag. 13661)

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin S 34, Linienstraße 63/65.

Beschäftigt vom 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr

Telefon: Amt Norden 833, 834, 835, 836.

Achtung! Achtung!

Gravure! Zifelleure!

Mittwoch, 28. Juni, nachm. 4 1/2 Uhr, im Alexanderplatz, Alexanderstr. 37 a (Saal 1):

außerordentliche Branchenversammlung der Kolleginnen und Kollegen, die unter den Bestimmungen des Reichstaxtarifs arbeiten.

Tagungsordnung: 1. Einjährige Stellungnahme zu den letzten Reichstaxtarifverhandlungen. 2. Bericht des Vorstandes. Darüber hinausgehende Beschlüsse werden, nach ein jeder Kollegin und jeder Kollege einverstanden, ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Donnerstag, 29. Juni, vorm. 11 Uhr, in der Frauenstr. 10/11:

Branchenversammlung der streikenden Betriebe der Bau-, Schlosser- und der Betriebe für gelochte Bleche.

Tagungsordnung: 1. Bericht der Streikleitung. 2. Bericht des Vorstandes. Zutritt haben nur Kollegen, die im Besitz einer Kontrollkarte sind.

Achtung! Gelbmetall! Achtung!

Donnerstag, 29. Juni, nachm. 5 Uhr, im Lokal Heineke, Götterstr. 17:

Branchenversammlung der Bäcker, Dräger, Schleifer, Metallendreher, Metallformer, Gravure- und Schmittarbeiter.

Rein Kaffeemittelglieder der Branche darf fehlen.

Achtung! Achtung!

Die Sitzung der engeren Verwaltung der Metallarbeiter findet Mittwoch, 28. Juni, zur selben Zeit statt.

Achtung! Achtung!

Bezirkskassierer!

Mittwoch, 28. Juni, abends 7 Uhr, im Verbandsklub, Eulicher Str. 33/30:

Gemeinsame Sitzung der Bezirkskassierer milder Verwaltung.

Es ist die Pflicht eines jeden Bezirkskassierers, unbedingt zu erscheinen!

121/4 Die Ortsverwaltung.

XIII

Die Daseinsberechtigung dieser Zigarette, der Beweis für ihre Güte kommt erfreulich in der ständig wachsenden Zahl ihrer Anhänger zum Ausdruck.

Maffary-Delikt, edel wie der Name.

KOR LINON

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Hilfshe Berlin, Seckelstr. 37/38

Die für heute, Dienstag, angesetzte außerordentliche Mitgliederversammlung findet wegen der Demonstration erst an einem späteren Tage statt.

Am Dienstag, den 27. Juni, nachm. 5 Uhr, im Krematorium Berlin, Gerdstraße, statt. Reg. Beteiligung wird erwartet.

Ferner nach am 19. Juni unser Kollege, bez. Dreher Wilhelm Gröckel Charlmer Straße 22

Eure ihrem Ansehen!

11/12 Die Ortsverwaltung.

Korpulenz — Fettliebheit

sind Dr. Hoffmanns gef. gef. **Entfettungs-Tabletten**

ein vollkommen unschädlich u. erfolgreiches Mittel ohne Einhalten einer Diät. Keine Schilddrüse. Kein Abführmittel. Ausg. Broschüre gratis.

Elefanten-Apotheke

SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofspl.

Graue Haare

erhalten ihre ursprüngliche Farbe u. natürlich. Jugendglanz wieder durch unseren erprobten und bewährten

Haarfarbewiederhersteller „Youpla“

Nur eine Flüssigkeit

Man sieht nicht, daß das Haar geläutert ist. Frei von allen auf Kopfhaut u. Nerven schädlich einwirkenden Bestandteilen. Preis einer Flasche M. 42.50 u. M. 57.50

Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik

Berlin W30, Potsdamer Str. 122c

Biesdorf — Mahisdorf

Parzellen mit herrlicher Gartenboden. Verkaufsstellen a. Bahnh.

Nieschalke & Nitsche

Berlin, Neue Königstraße 16

Alex. 3376 und 3623

